

E & W

Erziehung & Wissenschaft

01/2014

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Qualifikation für die Zukunft

MARTIN BAETHGE



Foto: privat

Die falsche Alternative

Die PIAAC-Studie hat einen alten Streit wieder belebt, mit dem sie eigentlich rein gar nichts zu tun hat. Nämlich: Trifft eine Bildungspolitik, die vor allem auf Expansion des Hochschulstudiums setzt, die zukünftigen Kompetenzen für Gesellschaft und Wirtschaft besser als eine Strategie, die auf Stabilität und Ausbau der mittleren Fachkräfteausbildung zielt, die in der Vergangenheit den Hauptsektor des deutschen Qualifizierungssystems ausgemacht hat? Die erste These vertritt seit langem OECD-PISA-Koordinator Andreas Schleicher mit seiner Kritik an der im internationalen Vergleich zu niedrigen Studierendenquote in Deutschland. Für These zwei steht heute vor allem der Münchner Philosoph Julian Nida-Rümelin mit seinem Stoppchild für den „Akademisierungswahn“ (s. E&W 11/2013).

Die wieder entfachte wissenschaftliche und politische Kontroverse über eine angemessene neue Qualifizierungsstrategie für die Zukunft der Arbeit beruht mehr als auf PIAAC- oder PISA-Befunden darauf, dass sich zwischen den beiden großen Ausbildungssektoren etwas Entscheidendes verändert hat: Zum ersten Mal in der deutschen Bildungsgeschichte entspricht die Zahl der Erstsemester an Hochschulen dem Anteil der Berufsanfänger.

Das allein wäre kein Problem. Es könnte aber eins werden, wenn aus demografischen Gründen der Trend zur Berufsausbildung deutlich sinkt (Prognose: um rund 15 Prozent bis zum Jahr 2025), während sich gleichzeitig die Tendenz zum Studium stabilisiert. Vor dem Hintergrund rückläufiger Zahlen der Schulabsolventen könnte sich um diese Gruppe zunehmend ein Wettkampf zwischen Betrieben und Hochschulen entwickeln.

Der Gedanke, dass angesichts fortschreitender Digitalisierung und Computerisierung auf dem künftigen Arbeitsmarkt einer großen Mehrheit von Hochschulabsolventen lediglich eine Minderheit gering Qualifizierter gegenüberstehen wird, gehört in das klassische Arsenal technologischer Utopien.

Nach Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarktforschung (IAB) über Be-

schäftigungstrends wird der Bedarf bei allen Qualifikationsgruppen in den nächsten beiden Jahrzehnten zahlenmäßig zurückgehen (s. Seite 10 ff.). Am meisten davon betroffen sind wiederum Erwachsene mit niedrigen oder keinen Abschlüssen. Dennoch wird das mittlere Qualifikationssegment beruflich ausgebildeter Fachkräfte mit über der Hälfte der Erwerbstätigen (bis zum Jahr 2025) weiterhin die deutlich größte Gruppe bleiben – noch vor den Akademikern. Bedeutsamer als diese quantitative Entwicklung werden aber für die Gesellschaft die anspruchsvolleren inhaltlichen Qualifikationsanforderungen sein: Die Zukunft der Arbeit verlangt von den Menschen zunehmend analytische, kommunikative und problemlösende Fähigkeiten. Von dieser Dynamik in der Arbeitswelt werden mehr oder weniger alle Beschäftigten betroffen sein.

Daher kann das zentrale strategische Ziel der Bildungs- und Ausbildungspolitik nur heißen: die Kompetenzen junger und älterer Menschen auf allen Qualifizierungsstufen deutlich anzuheben. Auch, und vielleicht sogar vorrangig, bei denen, die einen niedrigen oder keinen Abschluss haben.

Die zweite wichtige Strategie: dem Bildungssystem eine größere Durchlässigkeit von Berufs- und Hochschulausbildung wechselseitig – also nach oben und nach unten – zu ermöglichen.

So gelänge es, die falsche Alternative von Hochschulstudium oder dualer Ausbildung aufzulösen und die drohende Konkurrenz zwischen beiden zu vermeiden. Voraussetzung wäre: zum einen die allgemeinbildenden und fachtheoretischen Fähigkeiten über das Ausbildungscurriculum in der Berufsausbildung zu stärken. Zum anderen in der Hochschulbildung berufspraktische Anteile stärker zu berücksichtigen. In vielen Fachhochschulstudiengängen geschieht das bereits.

Für die Zukunft der Arbeit sind beide Strategien erforderlich.

Martin Baethge, Prof. i. R.,

Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen

Schwerpunkt: Qualifikation für die Zukunft: mehr akademische und/oder bessere berufliche Bildung? Seite 6 ff.



Karikatur: Freimut Wössner

Gesellschaftspolitik: Wenn Kinder in den Kitas Hakenkreuze malen – was tun? Seite 30 f.



Foto: dpa

Schule: Geschichten, die Kinder stark machen, erzählt das Theaterstück „Trau dich“. Seite 38 f.



Foto: Daniel Porsdorf



Inhalt

Gastkommentar

Die falsche Alternative Seite 2

Impressum

Seite 3

Auf einen Blick

Seite 4

GEW-Shop

Seite 5

Schwerpunkt: Qualifikation für die Zukunft

- 1. Bildungsziele, Kompetenzen, Abschlussquoten Seite 6
- 2. „Die Bundesrepublik hat Nachholbedarf“ Seite 8
- 3. Wer will künftig noch Azubi sein? Seite 10
- 4. Bildungsferne Erwachsene zum Lernen motivieren Seite 14

Bildungspolitik

- 1. PISA – eine Erfolgsgeschichte? Seite 18
- 2. GEW-Kommentar: Antwort auf den PISA-Hype Seite 20
- 3. Wie viel Bildung steckt im Koalitionsvertrag? Seite 21
- 4. GEW-Kommentar: Nacharbeiten! Seite 23
- 5. Länderserie Inklusion: Sachsen: Mehr Augenmaß Seite 24
- 6. GEW-Kommentar zum HRK-Beschluss: Jetzt ist die Politik gefragt Seite 26

GEW-Intern

- 1. Mai-Meeting: Austausch über Grenzen hinweg Seite 27
- 2. Ankündigung: Tagung der Sportkommission Seite 43
- 3. GEW-Fußballturnier in Magdeburg Seite 43

Weiterbildung

GEW-Herbstakademie:
„Ich glaubte, dass ich zu dumm bin“ Seite 28

Gesellschaftspolitik

- 1. Wenn Kinder in den Kitas Hakenkreuze malen Seite 30
- 2. Meißner Jugendtreffen 1913: Zwischen Krieg und Frieden Seite 32
- 3. Initiative gegen Rassismus: „Gesicht Zeigen!“ Seite 36

Tarifpolitik

Protest der Honorarlehrkräfte:
Es rumort im Hause Goethe Seite 35

Schule

- 1. Sexueller Missbrauch: Geschichten, die Kinder stark machen Seite 38
- 2. MINT-Berufe: Tiefe Einblicke ins Labor Seite 42

Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit

Licht im Siegel-Dschungel – Orientierung für Konsumenten Seite 40

Leserforum / Nachruf

Seite 44

Diesmal

Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 66. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund
 Vorsitzende: Marlis Tepe
 Redaktionsleiter: Ulf Rödde
 Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
 Redaktionsassistentin: Renate Körner
 Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
 Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202
 renate.koerner@gew.de, www.gew.de

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
 Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
 Werbeagentur Zimmermann, Hedderheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH,
 Goldammerweg 16, 45134 Essen
 Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
 Telefon 0201 84300-0, Fax 0201 472590
 anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de
 gültige Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1.5.2012,
 Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.



ISSN 0342-0671

Länder wollen Ausgaben für Bildung erhöhen

Die Bundesländer sprechen sich für eine Neuverteilung der Umsatzsteuer aus. Damit wollen sie ihre Ausgaben für Bildung und Forschung erhöhen, wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigt. „Einmütige Auffassung der Länder“ sei es, das angestrebte Zehn-Prozent-Ziel mit Hilfe zusätzlicher Umsatzsteuerpunkte für die Länder zu realisieren, betonte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) im Anschluss an ein Gespräch der Länderchefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Mitte Dezember vergangenen Jahres in Berlin. Unterdessen forderte der DGB die Kultusminister der Länder auf, als Konsequenz aus der jüngsten PISA-Untersuchung „ein eigenes, länderübergreifendes Ganztagschulprogramm mit bundesweiten hohen Standards“ aufzulegen. Union und SPD hatten sich über eine solche Förderung bei ihren Koalitionsverhandlungen im Bund nicht verständigen können. Nun müssten die Länder selbst Verantwortung übernehmen, sagte die DGB-Vizevorsitzende Elke Hannack.

Keine „Light-Version“ für Seiteneinsteiger

Die Bundesländer sind nach wie vor offen für den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf. Für diesen Ausnahmefall sollen aber die gleichen Qualitätsstandards und länderübergreifenden Vereinbarungen zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung gelten wie bei einem Lehramtsstudium mit anschließendem Vorbereitungsdienst. Gemeinsame Vorgaben und Anforderungen hierzu hat die Kultusministerkonferenz (KMK) Ende vergangenen Jahres in Berlin vereinbart. Die GEW begrüßte den Beschluss: „Wir brauchen hohe Standards bei der Qualifizierung von Lehrkräften. Das gilt auch in Fächern, in denen ein Mangel besteht, wie aktuell in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern oder im Bereich der berufsbildenden Schulen“, erklärte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Sie warnte jedoch zugleich davor, den Ländern weitergehende Maßnahmen zu erlauben. „Verabredungen zwischen den Ländern, die als Freigabe der Qualifizierungsstandards gesehen werden könnten, halten wir für falsch. Light-Versionen gehen zu Lasten der pädagogischen Qualität, der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler.“

GEW Berlin verschiebt Streiks

Die GEW Berlin hat ihre für Februar geplanten Streiks der angestellten Lehrerinnen und Lehrer verschoben. Das gab der Landesvorstand am 17. Dezember 2013 bekannt. Grund dafür sind die zeitgleich geplanten Gespräche der GEW mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in denen die Tarifparteien Verhandlungen auf Bundesebene erörtern wollen (s. E&W 12/2013). „Uns war wichtig, dass wir eine Gesprächsatmosphäre herstellen, aus der heraus wir zu ergebnisorientierten Verhandlungen über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte kommen können“, erklärte die Vorsitzende der

GEW Berlin, Doreen Siebernik, die Entscheidung. Für den Verlauf weiterer Verhandlungen sieht Siebernik nun besonders den Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) in der Verantwortung. „Für den Fall, dass bis zum März keine tragbare Verhandlungsplattform gefunden wurde, bereiten wir weitere Streiks vor“, kündigte die Landesvorsitzende an. Die 17 Streiktage der angestellten Lehrkräfte, die zuletzt am 4. und 5. Dezember vergangenen Jahres zahlreich auf die Straße gegangen waren (E&W berichtete), haben laut Siebernik maßgeblich zum Zustandekommen der Gespräche beigetragen.



17 Mal sind die Berliner Lehrkräfte in den vergangenen zwölf Monaten auf die Straße gegangen. Ohne ihr Engagement hätte es keine neuen Tarifgespräche zwischen GEW und TdL gegeben.

Foto: Kay Hirschelmann

Schwarz-Grün spart bei Hochschulen

Die designierte schwarz-grüne Landesregierung in Hessen hat vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages Einsparungen im Hochschulbereich angekündigt. CDU und Grüne beabsichtigen, die zwei großen Hochschulprojekte Heureka und Loewe zeitlich zu strecken, um den Haushalt zu entlasten. Heureka sieht bis zum Jahr 2020 jährlich 250 Millionen Euro für den Bau und die Sanierung der Hochschulen in Hessen vor. Für das landesweite Forschungsprogramm Loewe hat das Land zwischen 2009 und 2013 rund 400 Millionen Euro ausgegeben. Am neu zu verhandelnden Hochschulpakt soll aber in der derzeitigen Form festgehalten werden. Nicht sparen wollen Union und Grüne an den Schulen. Grünen-Politiker Kai Klose bekräftigte nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur (dpa), dass an der 105-prozentigen Lehrerversorgung festgehalten werde. Außerdem einigte sich die Koalition auf eine flächendeckende Betreuung von Grundschulkindern bis 17 Uhr. Laufende fünfte und sechste Gymnasialklassen dürfen zudem auf Wunsch zum Abitur nach 13 Jahren (G9) zurückkehren. Eine grundlegende Schulreform ist



Foto: imago

Nicht kürzen will Schwarz-Grün bei den Schulen.

allerdings nicht geplant. So hat die CDU die „Vielfalt der Schullandschaft“ im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Konkrete schulpolitische Entscheidungen wollen die Koalitionäre jedoch von den Ergebnissen eines Bildungsgipfels abhängig machen. Alle beteiligten Vereine und Verbände sowie die im Landtag vertretenen Parteien sollen eingeladen werden, eine Vereinbarung zur Schulpolitik der kommenden zehn Jahre zu treffen.

<p>Streikartikel</p>	<p>Filme</p>	<p>Infobroschüren</p>
<p>Stickerkarten</p>	<p>Kapuzenpullis</p>	<p>Geschenkartikel</p>
<p>Ansteckpins</p>	<p>Büromaterial</p>	<p>Plakate</p>



Nur für GEW-Mitglieder!

Im GEW-Shop findest Du nützliche und informative Artikel für Deine GEW-Arbeit – Broschüren und Flyer, Filme oder Material für Streiks und Demos. Viele Organisationsartikel können über den Kampffonds abgerechnet werden. Auch Bekleidung, Geschenke und Büroartikel sind im GEW-Shop erhältlich. Bestellen können nur GEW-Mitglieder und GEW-Untergliederungen.

Den GEW-Shop erreichst Du unter:

www.gew-shop.de

Bildungsziele, Kompetenzen

// Reformpädagogen haben den Seneca-Spruch „Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“ gern umgemünzt: Für das Leben lernen wir – und nicht für die Schule. Doch was ist das Leben? Seit PISA, PIAAC und anderen Studien – bemängeln Kritiker von links wie rechts – solle nur noch für das Arbeitsleben gelernt werden. Ist das so? //

Die Befunde gleichen sich. Egal, ob man die Ergebnisse der Erwachsenen-PISA-Studie PIAAC oder die des jüngsten internationalen PISA-Schulleistungsvergleichs der 15-Jährigen heranzieht: Das deutsche Bildungssystem hinkt trotz leichter Verbesserungen in Sachen Expansion und Abschlüssen, Leistungen, soziale Gerechtigkeit und Weiterbildung im internationalen Vergleich hinterher. Statt sich diesen Herausforderungen zu stellen, Bildungswege durchlässiger zu gestalten, Abschlüsse offenzuhalten sowie

die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu garantieren, ist in der Bundesrepublik der überkommene Streit akademische versus betriebliche Ausbildung neu entbrannt (s. Seite 8 ff.).

Ohne Breite keine Spitze

Worum geht es? Es geht um die Kernkompetenzen eines Menschen. Doch wer definiert, welche das eigentlich sind? Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), für die PIAAC-Studie über das Wissen von Erwachsenen in 24 Industrienationen verantwortlich, ist keine soziale Veranstaltung, sondern eine reine Wirtschaftsorganisation. Sie spricht bei PIAAC von „grundlegenden Kompetenzen (...), die notwendig sind, um den alltäglichen und beruflichen Anforderungen erfolgreich begegnen zu können“. Das Schlagwort „Employability“ wird im OECD-Kontext durchgängig als Verwertbarkeit des Menschen auf dem Arbeitsmarkt verstanden.

Dabei hängt in der Bildung nun mal alles mit allem zusammen. Wie beim Sport gilt: Ohne Breitenförderung kann sich keine Spitze entwickeln. Wer den roten Faden in der Debatte vermisst, sollte bedenken: Versäumnisse in der frühkindlichen Bildung, mangelnde Migrantenförderung, fehlende individuelle Förderung und Betreuung in Schulen und Ganztagschulen spiegeln sich letztlich wider in der hohen Zahl von 2,2 Millionen Ungelernten allein in der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren. Und das überhastet eingeführte Turbo-Abitur am Gymnasium (G8) wird zusammen mit den Fehlentwicklungen im Bachelor-Studium auch nicht folgenlos bleiben.

Die PIAAC-Botschaften sind auf den ersten Blick simpel und eingängig, sie gelten für den gesamten Bildungsbereich: Je besser ein Erwachsener lesen, Texte verstehen und rechnen kann, desto mehr verdient er, desto zufriedener ist er und desto freier kann er seine Arbeit eigen-



zen, Abschlussquoten

verantwortlich gestalten – vor allem in Deutschland. Zugleich ist er seltener in seinem Leben arbeitslos, lebt und ernährt sich gesünder, ist weniger krank und engagiert sich häufiger kulturell wie politisch. Und letztlich lebt er auch länger. Nicht erst PIAAC, auch andere Studien haben zuvor schon gezeigt, dass Arme viel früher als Reiche sterben.

Der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher sieht in den PIACC-Daten ein Plädoyer für noch mehr hochwertige, vor allem akademische Ausbildungen. Die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen sei mit 2,4 Prozent in Deutschland erheblich niedriger als die von betrieblich ausgebildeten Fachkräften (5,8 Prozent). Akademiker verdienen 2011 im Schnitt fast zwei Drittel mehr als Absolventen einer Lehre.

Schleicher wie auch andere Verfechter von mehr akademischer Bildung verweisen zugleich auf einen Wandel der Beschäftigtenstruktur und auf dem Arbeitsmarkt. „In der modernen Wissensgesellschaft wird heute ein Mensch nicht mehr dafür bezahlt, was er alles weiß, sondern was er mit seinem Wissen machen kann“, so der OECD-Mann. Denn (fast) alles Wissen dieser Welt sei inzwischen bei Google abrufbar. In der Folge sieht Schleicher einen weiteren Trend zu noch mehr anspruchsvollen Tätigkeiten, die Problemlösungskompetenz und Abstraktionsvermögen erfordern – während sich einfache Tätigkeiten weiter digitalisieren oder in Billiglohnländer auslagern ließen.

Die aktuelle Kritik am OECD-Bildungsbegriff bei PISA wie bei PIACC kommt von rechts wie links. Wenn auch in der Intention verschieden, so gleichen sich häufig die Schlagworte. Konservative Wissenschaftler warnten unlängst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vor einer „Anpassung an eine Scheinwelt“. Hinter dem OECD-Kriterium der Lesekompetenz stecke vor allem die Vorstellung, dass junge Menschen Informationen nutzen können, um „in der Gesellschaft und der Wirtschaft zu funktionieren“. Linke Kritik sieht im

Kern einen Angriff auf europäische Bildungstraditionen, auf Erziehungsziele wie Mündigkeit und Vermittlung kultureller und sozialer Werte. Linke wie konservative Experten bemängeln zum Beispiel seit Jahren, dass musische Bildung bei den PISA-Tests nicht vorkomme.

Reale „Scheinwelt“

Viele Argumente sind berechtigt. Manche Vorwürfe sind nicht einfach vom Tisch zu wischen. Doch leider ist die angebliche OECD-„Scheinwelt“ von Kernkompetenzen für viele junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt täglich real. Was hat ein deutscher Hauptschüler von seiner Schulbildung und seinem Abschluss, wenn er im Schnitt erst mit 19,2 Jahren eine Lehrstelle findet – nach zig vergeblichen Bewerbungen und Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen, zahlreichen Beschäftigungsrunden in fragwürdigen Warteschleifen und mehreren Nachqualifizierungen? Nur acht Prozent der 2,1 Millionen Betriebe in Deutschland wollen überhaupt noch Hauptschüler einstellen – wie die in Fachkreisen kursierenden Ergebnisse einer Betriebsbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen (s. Seite 10 ff.). Dagegen hatte nahezu jeder vierte neue Auszubildende 2013 Abitur.

Gleichzeitig jammert die Wirtschaft über angeblich fehlende Bewerberinnen und Bewerber für ihr auch 2013 weiter reduziertes Lehrstellenangebot – bei über 83 000 unversorgten Jugendlichen zum Stichtag 30. September. Doch auch konservative Sozialdemokraten, wie der frühere Bundesbildungsminister und Hamburger Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, stimmen inzwischen in das aktuelle Gerede von einem „Akademisierungswahn“ der Gesellschaft und einer drohenden „Akademikerschwemme“ ein und sehen das deutsche System der beruflichen Bildung in Gefahr. Angeblich, weil zu viele junge Menschen heute studieren wollen. Als Beleg für seine These, dass berufliche Bildung keinen „Bildungsab-

stieg“ bedeuten muss, führt Bildungsbürger von Dohnanyi seine Tochter an, die schließlich Goldschmiedemeisterin auf der Ponte Vecchio in Florenz sei.

Der neue Streit um zu viele Studierende erinnert zudem fatal an die alten, längst überwunden geglaubten Schlachten der 1980er-Jahre um mehr Bildungsbeteiligung in der Kohl-Ära. „Schick du dein Kind wieder in die Hauptschule – ich schicke meins selbstverständlich ins Gymnasium“, hieß damals der Schlachtruf konservativer Eltern in vielen unionsgeführten Bundesländern. Und auch die damals in der Konrad-Adenauer-Stiftung erdachte, zunächst erfolgreiche mediale Schreckensvision vom „Taxifahrenden Dr. Arbeitslos“ blieb letztlich eine Stammtischfiktion. Doch der Trend zu höherer Bildung lässt sich auch in der deutschen Gesellschaft nicht mehr stoppen.

Neue Kontroverse

In die neue Kontroverse um Studienquoten und Lehrverträge sowie um die Orientierung vieler Studiengänge in Richtung zunehmender primärer Berufsvorbereitung passt auch der Hinweis, dass es nur den beiden privilegiertesten akademischen Berufen in Deutschland, nämlich Medizinerinnen und Juristen, gelungen ist, das Studium ihres Nachwuchses zur „bachelorfreien Zone“ zu erklären.

Unter dem Strich sind die PIAAC-Ergebnisse nur ein weiteres kleines Mosaiksteinchen in der laufenden Debatte um Bildungsziele, Kompetenzen und Abschlussquoten. So skeptisch man auch den OECD-Kriterien gegenüberstehen mag: PIACC verweist nebenbei auf ein anderes ungelöstes Problem deutscher Bildungspolitik: Jeder sechste der 16- bis 65-Jährigen in Deutschland – das sind 17,5 Prozent – kann nur auf dem Niveau Zehnjähriger lesen und Texte verstehen. Doch im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet man dazu nichts.

Max Loewe,
Bildungsjournalist

„Die Bundesrepublik hat Nachholbedarf“

// Bildungsexpansion? Akademisierungswahn? Die neue Rolle der Hochschulen, ihre Öffnung für beruflich Qualifizierte stößt auf Widerstand – vor allem bei manchen Universitäten, Präsidenten und Professoren. //

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin ging in die Vollen. „Was der Mainstream der Bildungspolitik gegenwärtig vertritt, ist pure Mittelschichtsideologie“, kritisierte der frühere Kulturstatsminister (SPD) im E&W-Interview (11/2013). „Die Mittelschichten wollen, dass ihre

Sprösslinge studieren. Deshalb ist die Bildungspolitik bestrebt, die Zugänge zu Hochschulen zu erleichtern.“ Ein riesiger Fehler sei das, weil damit dem dualen System der Nachwuchs entzogen werde. Durch den „Akademisierungswahn“ würden die Facharbeiter als „Rest der Gesellschaft“ entwertet. Auch dem Bologna-Prozess stellte Nida-Rümelin wegen des Leitmotivs der „Employability“, der Beschäftigungsfähigkeit, „ein Armutszeugnis“ aus.

Bewusst äußerte sich der SPD-Mann damit gegen den gesellschaftlichen Trend: Seit Jahren fordern nicht nur Bildungspolitiker, sondern auch die Experten der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, höhere Studien-Quoten für deutsche Schülerinnen und Schüler. Nachdem Deutschland hier im internationalen Vergleich lange hinterherhinkte, hat sich diese Tendenz seit der Jahrtausendwende umgekehrt: Die Abiturientenquote verdoppelte sich fast – auf knapp die Hälfte eines Jahrgangs. Rund 46 Prozent studieren danach an einer FH oder Uni – 2005 lag dieser Wert noch bei mageren 36 Prozent.

Eine gute Entwicklung, findet die OECD – aus volkswirtschaftlicher und individueller Sicht. Denn je höher der Bildungsabschluss, desto geringer sei das Risiko von Arbeitslosigkeit und desto höher das spätere Gehalt, sagt OECD-Bildungskordinator Andreas Schleicher. „Hochschulabsolventinnen und -absolventen gelingt der Übergang in Beruf und Arbeitsmarkt reibungslos“, bestätigt auch der Bundesbildungsbericht 2012. „Bei Spitzenqualifikationen hat die Bundesrepublik nach wie vor Nachholbedarf“, mahnt Schleicher. Dies zeige die immer noch niedrige Zahl der 25- bis 34-Jährigen in Deutschland mit Studienabschluss (28 Prozent) im Vergleich zum OECD-Durchschnitt (39 Prozent).



Karikatur: Freimut Wössner

Was ziemlich klar erscheint, sorgt dennoch für Widerspruch. Man dürfe die Debatte um mangelnde Fachkräfte nicht allein auf akademische Berufe verengen, gibt Thomas Sattelberger zu bedenken, Vorstandsvorsitzender der Initiative „MINT Zukunft schaffen“, die sich für den Nachwuchs in Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Technikberufen einsetzt: „Die Facharbeiter brauchen wir genauso, das Leben fängt nicht erst mit dem Abitur an.“ Auch der Deutsche Philologenverband warnt vor „Überakademisierung“ sowie „Fehlsteuerung des deutschen Bildungssystems“ und entdeckt gar eine „Kampagne“ der OECD, die sich mit ihren Forderungen nach einer „100-Prozent-Akademiker-Gesellschaft“ in die erfolgreiche nationale Bildungspolitik einmische. Für Andreas Keller, im GEW-Vorstand für Hochschule und Forschung verantwortlich, sind solche Verschwörungstheorien ziemlicher Unsinn. „Die Debatte geht in die falsche Richtung, in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts brauchen wir nicht etwa weniger, sondern immer mehr akademisch qualifizierte Menschen“, sagt Keller und verweist auf den „enormen Nachholbedarf“ in Deutschland: „Während wir hier erstmals die Hälfte eines Altersjahrgangs an die Hochschulen gebracht haben, sind es in anderen Industrieländern 60, 70 oder 80 Prozent.“

Ohne klassisches Abitur

Auf dem sogenannten Bildungsgipfel der Bundesregierung im Oktober 2008 war das Ziel einer „Bildungsrepublik Deutschland“ erstmals groß proklamiert worden – inklusive weitgehender Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne klassisches Abitur. Zwar sah die Wochenzeitung „Die ZEIT“ im Bildungsgipfel nur „Merksels Mogelpackung“, doch immerhin: In der Folge gab es den Beschluss der Kultusminister, dass sich Studieninteressierte mit Ausbildung, Berufserfahrung und Aufstiegsqualifizierung – etwa mit einem Meisterbrief – überall und in jedem Fach bewerben können. Doch trotz flächendeckend reformierter Hochschulgesetze dümpelt die Zahl beruflich qualifizierter Erstsemester bei unter drei Prozent. Ganz

offensichtlich finden Hochschulen und Nichtabiturienten bisher kaum zusammen.

Den ersten Schritt müssen dabei in der Regel die Hochschulen tun. Nur wenn sie deutliche Avancen in Richtung der neuen Studierenden machen, wird die Öffnung gelingen – so wie etwa an der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) in Berlin. Dort wird mittlerweile jeder fünfte Erstsemesterplatz für Bewerber ohne Abitur freigehalten – wenn sich denn so viele Interessenten für die Studiengänge im Bereich Gesundheit und Soziales finden. Derzeit liegt die Nichtabiturienten-Quote unter den ASH-Studierenden bei knapp sieben Prozent, soll aber in den kommenden Jahren spürbar steigen.

Weiter ist man da schon in Gelsenkirchen. An der Westfälischen Hochschule ist der Sozialpädagoge Suat Yilmaz als „Talentscout“ auf der Suche nach Schülerinnen und Schülern, für die ein FH-Studium in Frage kommen könnte, die aber möglicherweise selbst noch nie daran gedacht haben – und die vielleicht auch gar kein Abitur anstreben. Mit der Initiative sollen systematisch die Potenziale im Einzugsgebiet der Westfälischen Hochschule genutzt werden. „Nur wenn es gelingt, leistungsfähige Talente zukünftig unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion sowie Bildungsbiographie und Einkommen der Eltern zur Entfaltung zu bringen, gibt es eine echte Chance auf positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen“, sagt FH-Präsident Bernd Kriegesmann. Hinzu komme der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit: Von 100 Töchtern und Söhnen aus Nichtakademiker-Familien studieren 23, bei Kindern aus Akademiker-Familien sind es dagegen 77. „Wir wollen hartnäckige soziale Barrieren abbauen, die gerade Talente ohne akademisches Elternhaus vom Studium abhalten, obwohl sie das Zeug dazu haben“, sagt Yilmaz. Und zum Talentpool können auch Berufsumsteiger gehören.

Doch die Hochschulen werden diese Herausforderung nur meistern können, wenn sie die Lehre umbauen: hin zu mehr Praxisorientierung, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Fachhochschulen oder Universitäten

Zahlen und Fakten

- 33,9 Prozent eines Altersjahrgangs machen in Deutschland Abitur, 15,2 Prozent die Fachhochschulreife (Bundesbildungsbericht 2012).
- 28 Prozent der Erwachsenen in Deutschland, die jünger als 35 Jahre sind, haben einen Hochschulabschluss – mehr Frauen als Männer. Im internationalen Vergleich ist das wenig, im OECD-Schnitt liegt der Wert bei 39 Prozent (OECD 2013).
- Insbesondere junge Frauen holen bei den Bildungsabschlüssen auf – in den Fächern Statistik und Mathematik etwa lag der Frauenanteil unter den Absolventen im Jahr 2011 bei 59 Prozent. Zum Vergleich: 2000 waren es 42 Prozent (OECD 2013).

handelt. „Studiengänge sollten stets berufsqualifizierend sein. Berufsqualifizierung darf aber nicht, wie das von der europäischen Arbeitgeber-Lobby betont wird, mit der unmittelbaren Anpassung an Arbeitsplatzanfordernisse verwechselt werden, sondern muss auch die Fähigkeit einschließen, die berufliche und gesellschaftliche Praxis kritisch zu reflektieren“, fordert Hochschulexperte Keller.

Herumsprechen muss sich das allerdings noch bei manchen Mitgliedern der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Dass berufliche Weiterbildung auch an Hochschulen und die Öffnung für Nichtabiturienten Alltag werden sollen, sorgt bei einigen Uni-Präsidenten für Stirnrunzeln. Ganz offenbar würden sie lieber den exklusiven Status einer Bildungsinstitution für Eliten beibehalten. In Hintergrundgesprächen jedenfalls verweisen sie gerne auf den Sozialdemokraten Nida-Rümelin, der gefordert hatte, dass eine hochwertige Berufsausbildung weiter im dualen System erfolgen solle. Das könne aber nur funktionieren, wenn die Mehrzahl eines Jahrgangs – und nicht eine kleine Minderheit – weiter in die berufliche Lehre geht.

Manchen Unis kommt die aktuelle Akademisierungsdebatte also sehr ge-

legen. Aus Standesdünkel oder schlicht Bequemlichkeit wollen sie am Status quo nichts ändern und lieber weiter an ihren bisherigen Studienangeboten und damit eben auch an der klassischen Studierendenklientel festhalten. Die Hochschullandschaft könnte sich also aufteilen – in Einrichtungen, die offen sind für beruflich qualifizierte Studierende, und diejenigen, die sich abschotten und vor dem Akademisierungswahn warnen. GEW-Vorstand Keller betont, man müsse der Gefahr einer selektiven akademischen Ausbildung entgegenreten – indem der Qualifikationsrahmen für Bildungsabschlüsse konsequent angewendet wird. Den hatten Bund und Länder im März 2011 gemeinsam verabschiedet und damit den Hochschulen Leitlinien vorgegeben. „Eine Differenzierung zwischen Unis und FHs ist dabei ebenso wenig vorgesehen wie eine Unterscheidung zwischen Exzellenzuniversitäten und Massenhochschulen“, mahnt Keller mit Blick auf die Uneinheitlichkeit der Hochschulen: „Wir müssen die Hochschulen bundesgesetzlich verpflichten, Abschlüsse anderer Hochschulen anzuerkennen, eine Abschottung selbst ernannter Elite-Klubs ist nicht hinzunehmen.“

Mit anderen Worten: Wenn das politische Bekenntnis zur Bildungsrepublik ernst gemeint ist, müssen sich daran ausnahmslos alle Hochschulen beteiligen. Eine Aufteilung in Universitäten für Abiturienten und Hochschulen für den Rest bildungswilliger Studierender wäre jedenfalls fatal.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

Bundesbildungsbericht 2012:
<http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10203>
OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ 2013:
<http://www.oecd.org/edu/eag.htm>
(Gesamtüberblick, englisch) und
http://www.oecd.org/berlin/EAG2013_Country%20note_Deutschland.pdf
(Länderauswertung für die BRD, deutsch)

Wer will künftig noch Azubi sein?

// Werben die Hochschulen zunehmend die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler ab? Gelingt es einem Azubi, sich künftig leichter an den Unis weiterzuqualifizieren? Und was wird aus dem „Problemkind Übergangssystem“? Herausforderungen, auf die die berufliche Bildung Antworten finden muss. //

Immer weniger junge Menschen wollen eine Berufsausbildung machen, aber Betriebe bieten auch immer weniger Ausbildungsplätze an und schließen zunehmend weniger -verträge ab. So musste Ende vergangenen Jahres das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um knapp vier Prozent auf ein historisches Tief von 530 000 melden – der niedrigste Stand seit der deutschen Einheit. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Studienanfänger Rekordwerte. Damit reiht sich die Entwicklung in Deutschland ein in den internationalen Trend der Akademisierung der Bildung (s. Seite 6 ff.). Denkt man u. a. an neue Studienformate wie die schnell wachsenden „dualen Studiengänge“, ist allerdings zugleich ein Trend der Verberuflichung der Hoch-

schulbildung zu erkennen (s. Gastkommentar Seite 2). Beide Tendenzen stellen für die Zukunft der beruflichen Bildung Herausforderungen dar. Sie können aber gemeistert werden, sofern es gelingt,

- einerseits die leistungsschwächeren Schulabsolventinnen und -absolventen besser zu qualifizieren, so dass diese angemessen am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand teilhaben können, und
- andererseits die berufliche Bildung auch für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler als attraktive und gleichwertige Alternative gegenüber einem direkten Weg zum Studium auszubauen.

Der „Exportschlager“ duales System, den auch die OECD jetzt entdeckt hat, wird in der öffentlichen Diskussion häufig mit der gesamten Berufsausbildung gleichgesetzt. Dabei wird oft übersehen, dass zahlreiche Qualifikationen weder in Industrie oder Handwerk noch in der dualen Form einer Betriebschule stattfinden. Deutschland verfügt über ein Mischsystem – wenn auch nicht so ausgeprägt wie in Österreich oder der Schweiz –, das die Jugendlichen in Ausbildung, Beruf und letztlich in die

>> Fortsetzung auf Seite 12

Durchschnittliche Bruttomonatseinkommen Erwerbstätiger nach Qualifikationsniveau und Geschlecht 2012 in Euro

Qualifikationsniveau	Männer	Frauen
Berufsausbildung	2828	1869
Berufsausbildung und Abitur	3232	2301
Fortbildungsabschluss*	3540	2337
Fortbildungsabschluss und Abitur	3683	2464
Fachhochschulabschluss	4167	2726
Universitätsabschluss	4802	3053

Quelle: Hall 2013, *Abschlüsse, die berufliche Aufstiege ermöglichen

Ich mach Aufklärung mit Klasse.



DAS MEDIENPAKET FÜR DIE ARBEIT MIT JUGENDLICHEN:

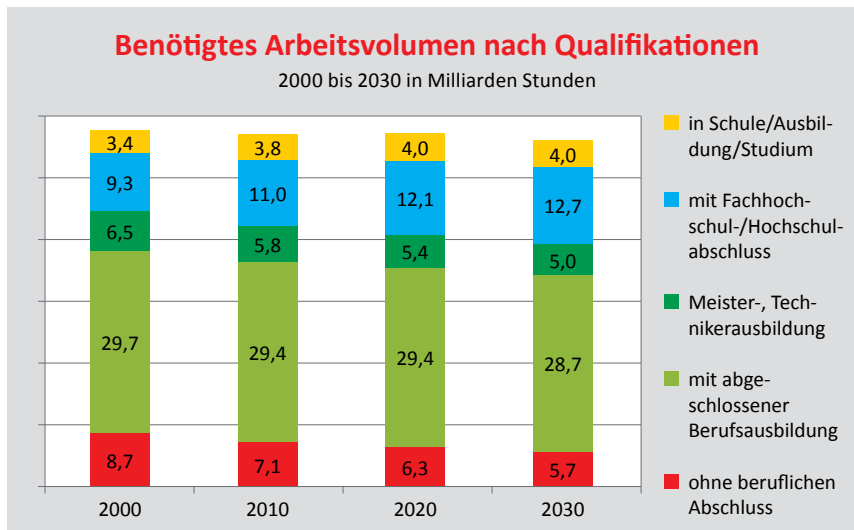
- ➔ Liebe, Sexualität und Internet
- ➔ Körperveränderungen in der Pubertät
- ➔ Verhütungsverantwortung und Partnerschaft
- ➔ Selbstbestimmte Sexualität und Partnerschaft



Bestellen Sie das Medienpaket kostenlos unter der Bestellnummer 13353000 bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 51101 Köln, Fax: 0221-8992257, E-Mail: order@bzga.de, Internet: www.schule.loveline.de oder www.bzga.de

**Bleib entspannt.
Mach dich schlau.**

Hier erhalten Sie auch weiterführende Informationen.



Quelle: IAB 2012

>> Fortsetzung von Seite 10

Gesellschaft integrieren kann: So beginnen zurzeit jährlich 220 000 junge Menschen eine landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung vor allem in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil sowie in vollqualifizierenden Berufsausbildungen an Berufsfachschulen.

Problemkind Übergang

Große Sorgen bereitet der beruflichen Bildung aber nach wie vor das sogenannte Übergangssystem, wenn auch hier ein Rückgang von knapp 420 000 jungen Erwachsenen im Jahr 2005 auf weniger als 270 000 im vergangenen Jahr zu verzeichnen ist. Zum Übergangssystem, in dem immer noch viel zu viele junge Menschen „geparkt“ werden, gehören vor allem Programme der Berufsvorbereitung und -grundbildung sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA) einschließlich der Einstiegsqualifizierung (s. Seite 14 ff.). Allen diesen Maßnahmen ist gemeinsam, dass sie nicht zu einem qualifizierenden Berufsabschluss führen und paradoxerweise kaum echte Übergänge in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Damit liegen auch die großen Potenziale der betroffenen jungen Menschen brach.

Folgt man den Qualifikations- und Berufsfeldprognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufs-

forschung (IAB) der BA, lässt sich klar sagen, dass der Bedarf an einfachen Tätigkeiten, die keine formalen Qualifikationen erfordern, deutlich sinken wird. Das Arbeitsvolumen dafür wird von 8,7 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr 2000 um 34 Prozent auf 5,7 Milliarden im Jahr 2030 (s. Grafik) sinken. Für junge Menschen wird es also noch schwieriger als bisher, ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden.

Ausweg Ausbildungsgarantie

Die Ausbildungsgarantie, für die sich die GEW einsetzt und die zumindest im Koalitionsvertrag von Unionsparteien und Sozialdemokraten verankert ist, kann hier ebenso wie der vom DGB eingeforderte Mindestlohn Abhilfe schaffen. Ein zwischen den Jahren 2000 und 2030 um 37 Prozent deutlich wachsender Arbeitsanteil setzt dagegen Qualifikationen mit Hochschulabschluss voraus (s. Grafik).

Der Anteil beruflicher Qualifikationen am gesamten künftig benötigten Arbeitsvolumen wird sich zwar geringfügig von 63 Prozent im Jahr 2000 auf 60 Prozent im Jahr 2030 verringern, bleibt aber weiterhin äußerst bedeutsam. Berücksichtigt man ferner, dass die Absolventen- bzw. Abgängerzahlen aus allgemeinbildenden Schulen bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts kontinuierlich um knapp ein Viertel zurückgehen (Kultusministerkonferenz [KMK] 2013), wird vor dem Hintergrund zunehmender Stu-

dierwilligkeit der jungen Generation offensichtlich, dass berufliche Bildung für Leistungsstarke unbedingt attraktiver werden muss.

Betrifft: Durchlässigkeit

Die OECD hat in der Vergangenheit – ohne jedoch das besondere Merkmal beruflicher Bildung in Deutschland wirklich in den Blick zu nehmen – einen höheren Akademikeranteil angemahnt (s. Seite 8 ff.). Mit der vor wenigen Wochen erschienenen Studie „Postsekundäre Berufsausbildung in Deutschland“ hat sie endlich die Stärken des deutschen Berufsbildungssystems – u. a. die starke Einbindung der Sozialpartner – gewürdigt. Als Herausforderung des deutschen Bildungssystems sehen die Autoren der Studie dennoch den kaum genutzten Übergang von der beruflichen in die Hochschulbildung. Was dabei oft vergessen wird: Bereits im Jahr 2009 hat die KMK beschlossen, dass beruflich Qualifizierte, z. B. Absolventen einer dualen Lehre, nach einer mindestens dreijährigen Berufspraxis Zugang zum Studium erhalten. Das ist leider in der Öffentlichkeit weder ausreichend bekannt, noch wird es bisher angemessen genutzt – lediglich weniger als drei Prozent der Studierenden sind heute beruflich Qualifizierte ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung. Viele Schülerinnen und Schüler und vor allem ihre Eltern deuten daher irrtümlicherweise den beruflichen Bildungsweg als eine Sackgasse, die den Weg zu vermeintlich qualifizierterer Bildung versperrt.

Deshalb sollte die Politik weitere Schritte einleiten, die berufliche Ausbildung im Unterricht näherbringen und das Bildungssystem durchlässiger gestalten:

- In allen allgemeinbildenden Schulen ist die Berufsorientierung strukturbildend zu vermitteln;
- als Option sind Bildungsgänge „Berufsausbildung mit Abitur“ vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen beispielsweise in der DDR und der Schweiz einzurichten;
- schließlich sind die Signale, die die Lernenden von den Arbeitsmärkten empfangen, für deren Berufsentscheidungen relevant (s. Tabelle Bruttoeinkommen, Seite 10).



Was muss sich ändern, damit die berufliche Bildung wieder an Attraktivität gewinnt? Bei den Bruttoeinkommen besteht immer noch ein viel zu großer Unterschied zwischen den Geschlechtern, der auf die Teilzeitbeschäftigung vieler Frauen zurückzuführen ist. Damit die berufliche Bildung eine gute Alternative darstellt, müssen die Betriebe klare Einkommens- und Aufstiegschancen für beruflich qualifizierte Männer und vor allem Frauen schaffen. Das wäre ein wichtiges Signal sowohl in Richtung Gleichwertigkeit von beruflicher und Hochschulbildung als auch mit Blick auf die Geschlechter in Richtung Gleichbehandlung.

Ansgar Klinger,
Leiter des GEW-Organisationsbereichs
Berufliche Bildung und
Weiterbildung

Quellen:

- Fazekas, Mihaly / Field, Simon: **Postsekundäre Berufsbildung in Deutschland. OECD-Studien zur Berufsbildung. OECD Publishing, Paris 2013**

- Hall, Anja: **Fortbildungs- versus Hochschulabschluss: Einkommen im Vergleich. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 5/2013**
- Kultusministerkonferenz (KMK): **Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025. Berlin 2013**
- Kutscha, Günter: **Gleichwertigkeit der Berufsbildung. In: Berufsbildung 67 (2013) Nr. 142**
- Rauner, Felix (2012): **Akademisierung beruflicher und Verbesserung akademischer Bildung – widersprüchliche Trends im Wandel nationaler Bildungssysteme. In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Ausgabe 23. Online: http://www.bwpat.de/ausgabe23/rauner_bwpat23.pdf**
- Statistisches Bundesamt: **Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2011. Wiesbaden 2013 (a)**
- Statistisches Bundesamt: **Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2012. Wiesbaden 2013 (b)**
- Zika, Gerd / Helmrich, Robert u. a.: **Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030. IAB-Kurzbericht 2012**



Foto: imago

Berufliche Bildung muss für leistungsstarke Jugendliche attraktiver werden.

Schule/ Hochschule

Neue Schulkonzepte, Strategien für die Gemeinschaftsschule, digitale Angebote, innovative Unterrichtsmedien – dies und vieles mehr finden Fachbesucher auf der **didacta** 2014 in Stuttgart.

Lassen Sie sich inspirieren auf der **didacta** – Europas größter Bildungsmesse!

Bildung. Chancen. Perspektiven.

didacta

die Bildungsmesse

Messe Stuttgart **25. – 29.03. 2014**



www.didacta.de

Bildungsferne Erwachsene zum

// Die im Oktober 2013 veröffentlichte OECD-Studie „Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC)“ hat bestätigt: Von der Weiterbildung profitiert am stärksten, wer von Haus aus gute Bildungschancen hat (s. E&W 11/2013). Was ergibt sich aus diesen Befunden für den Weiterbildungsbedarf vor allem für bildungsferne Erwachsene? //

Unglaublich: Alle haben den Abschluss geschafft, den Sprung vom Rotationshelfer zum Drucker gemacht. Die 20 Männer zwischen 37 und 52 Jahren können es kaum fassen: Endlich ist die Plackerei zu Ende, der Job wieder sicher, der Lohn höher. Zehn Monate lang haben sie am Freitag und Samstag Berufsschulstoff gelernt. Sich systematisch Neues aneignen, dran bleiben, eine Prüfung bestehen. „Gut, dass wir nicht wussten, was auf uns zukommt“, bringt

es einer aus der Gruppe auf den Punkt. Geholfen haben der Zusammenhalt und der Lehrer, der die Inhalte speziell für Lernungewohnte aufbereitete. Wichtig war das Nachhilfe-Angebot von zwei Betriebsräten: Am Anfang haben sie gemeinsam konkrete Aufgaben wiederholt. In der kritischsten Zeit aber war das Ermutigen entscheidend: „Gib jetzt nicht auf. Du hast nichts zu verlieren.“

Bedingungen müssen stimmen

Das Beispiel zeigt: Lernen kann auch bei Erwachsenen gelingen, die als „bildungsfern“ gelten. Wenn die Bedingungen stimmen. Und die sollte man sich genauer anschauen, wenn man Aussagen darüber treffen will, was in der Weiterbildung generell nötig ist: teilnehmerorientierte Beratung, Begleitung und Vermittlung, Mut machen, motivieren.

An Erfahrungen mangelt es nicht. In diversen Programmen, Projekten und Initiativen ist in den vergangenen Jahren das

Potenzial der Weiterbildung ausgelotet worden – von ANKOM (Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung) bis WEGEBAU (Weiterbildung Geringqualifizierte und -beschäftigter Älterer im Unternehmen). Die Crux dabei: Jeder dieser Versuche war zeitlich befristet. Es war nicht vorgesehen, die Ergebnisse zu verstetigen oder zu verallgemeinern; hergebrachte Bildungsstrukturen blieben davon unangetastet.

Auf Fachkonferenzen wird viel von Kontinuität und Verlässlichkeit als den entscheidenden Erfolgsfaktoren der Erwachsenenbildung geredet. Doch die üblich gewordene befristete Finanzierung von Personal und Programmen spricht dem Hohn. Das betrifft berufliche Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) ebenso wie Projekte von EU, Bund und Ländern, sei es beim Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen, sei es in der Alphabetisierung Erwachsener oder der politischen Bildung.



Cartoon: Freimut Woessner

Lernen motivieren



Fotos: dpa

Der Bedarf nach einer zweiten Chance ist groß: Rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland im Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind funktionale Analphabeten.

Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung zuständig, verlangt deshalb die Aufhebung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern, „damit der Bund auch Weiterbildung fördern kann“ – sowie ein Bundesrahmengesetz für die vierte Säule des Bildungswesens. Bereits im Jahr 2000 schlugen GEW, IG Metall und die ver.di-Vorgängerorganisationen HBV und IG Medien erstmals Bundesregelungen für die Weiterbildung vor. Mehrmals haben die Gewerkschaften seither deren Inhalte präzisiert: mehr Verbindlichkeit bei Lernzeiten, Abschlüssen, Übergängen beispielsweise. Doch bisher

sind die Gewerkschafter hier keinen Schritt vorangekommen.

Zweite Chance nachgefragt

Dabei ist der Bedarf nach einer zweiten Chance groß: Rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland zwischen 18 und 64 Jahren sind funktionale Analphabetinnen und Analphabeten, ergab die „Level-one-Studie“ ([leo], s. Seite 28 f.). Sie zeigte auch, dass rund 60 Prozent dieser Menschen erwerbstätig sind. Seither wurden über die „Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung“* eine Reihe kluger Projekte finanziert, die aber auch befristet sind. Zum Beispiel zur Fra-

„Ausbildung wird was – Spätstarter gesucht“

So heißt das Programm der Bundesagentur für Arbeit (BA), das 25- bis 35-Jährigen eine berufliche Nachqualifizierung ermöglicht. Bis 2016 sollen 100 000 Arbeitslose einen Abschluss erwerben können, von der Altenpflege bis zur Metallverarbeitung. „Wir werden die Zahl möglicherweise nicht erreichen“, urteilt Ralf Fischer, Pressesprecher der BA in Limburg-Wetzlar. Fischer weiß, welche Hürden oft den Weg zur zweiten Chance verbauen: Die meisten jungen Erwachsenen sind lange aus dem Lernprozess heraus und viele haben schlechte Erfahrungen mit dem Wissenserwerb gemacht. Allzu oft locken Ungelernte kurzfristige Ausahlsjobs mehr als die Aussicht aufs Pauken. „Ein mühsames Geschäft, sie zu einem Neustart zu ermuntern“, sagt Fischer. hbf



Andiamo in Italia – Wir stellen uns vor!

Wir sind Spezialist für **Gruppenreisen nach Italien**.

Viele Jahre Erfahrung in der Planung und Durchführung von **Klassenfahrten/Schulfahrten nach ganz Italien** zeichnen uns aus.

Daraus resultieren auch **sehr gute Kontakte** in das Land. Auch zu vielen kleineren und mittleren Familienbetrieben, die **Schülergruppen gern willkommen heißen**. Sie erhalten bei uns ein **komplettes Angebot** mit Bus, Bahn, Flug oder nach „Baukastenprinzip“. Bei Busreisen arbeiten wir als Reiseveranstalter gern mit **Ihrem gewünschten Busunternehmen** zusammen.

Wir garantieren ein stets optimales Preis/Leistungsverhältnis!

Andiamo GmbH
Stettiner Str. 25
33803 Steinhagen
Tel. 05204 889700
Fax 05204 8897019
e-mail info@andiamo-italia.de

Infos und Angebotsanfragen: www.andiamo-italia.de
oder telefonisch **05204 889700**

Auf Wunsch auch Reisen mit ruf Reisebegleitung
www.ruf-klassenfahrten.de

Friedensbildung

an Schulen

stärken

▶ **Unterrichtsmaterialien**

▶ **Qualifizierte Referenten**

▶ **Regionale Netzwerke**

▶ **Hintergrunddokumente**

friedensbildung-schule.de

Frieden will gelernt sein.

Newsletter bestellen: info@friedensbildung-schule.de

Telefon: 0228-2499927

ge, wie man überhaupt an die Zielgruppe herankommt und sie – trotz oft vorhandener Traumata – noch mal zum Lernen animiert. So etwa die derzeitige Aktion, mit der funktionale Analphabeten im Betrieb erreicht werden sollen. Dies scheitert aber auch oft an den Arbeitgebern. So richtig sehen es diese häufig nicht ein, warum sie Grundbildung für Erwachsene (mit)finanzieren sollen. Gibt es dafür nicht das steuerfinanzierte allgemeinbildende Schulsystem?

Die PIAAC-Ergebnisse für Schule und Unterricht zeigten, sagt Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand verantwortlich für den Organisationsbereich Schule, wie wenig nachhaltig das schulische Lernen ist: „Es macht keine Lust auf lebenslanges Lernen. Unterrichtsentwicklung und Leistungsbeurteilung müssten sich ändern“, meint Hoffmann. Der finnische Grundsatz – „Niemand darf beschämt werden“ – sollte der Maßstab sein. Hoffmann plädiert für forschendes Lernen,

Jung und ohne Ausbildung

Die Zahl ist erschreckend hoch: 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren in dieser Republik haben keinen Berufsabschluss. Dies ist seit Jahren eine traurige Konstante. Nicht alle sind „unversorgt“: Viele sind in einer Maßnahme des Übergangssystems untergebracht. Die Arbeitsagentur hat ein eigenes Beratungs- und Vermittlungsprogramm für die Generation „U 25“. Manche jobben. Doch viele von ihnen sind herausgefallen aus dem Zusammenhang von Lernen und Arbeiten, werden lediglich als statistische Größe erfasst. Etwa als Teil der 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten im Alter zwischen 18 und 64 Jahren. Die richtige Hilfe bleibt zu häufig dem Zufall überlassen. Was dringend gebraucht wird: eine Instanz wie die „Jugendberufsagentur“ in Hamburg, die verpflichtet ist, alle jungen Menschen unter 25 zuverlässig in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen, ohne mit Kategorien wie „ausbildungswillig“ oder „ausbildungsunreif“ die angebliche Spreu vom Weizen trennen zu wollen. hbf

das die Neugierde weckt, den Willen zum Lernen stärkt und Kindern und Jugendlichen zu einem soliden „Kompetenzfundus“ für das lebenslange Lernen verhilft. Flankierend zur PIAAC-Studie hat DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl den offiziellen „Trendbericht Weiterbildung 2012“** ausgewertet. „Die Zweiklassen-Gesellschaft“, so lauten Titel und Botschaft von Anbuhls „Analyse zur sozialen Spaltung in der Weiterbildung“***. Er diagnostiziert u. a., dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Erwachsenenbildung „zunehmend abgehängt“ würden. Außerdem sei die Beteiligung an Seminaren und Kursen „eng gekoppelt an das Einkommen der Beschäftigten“, schreibt Anbuhl. Der Gewerkschafter leitet daraus Forderungen nach einem ErwachsenenBAföG, einem Bundesrahmengesetz und mehr branchenbezogenen Weiterbildungsfonds ab. Die PIAAC-Daten, hofft Anbuhl, könnten diese Debatte beflügeln. Gefragt werde beispielsweise, ob Betriebe wüssten, welche Potenziale ihre Beschäftigten haben – und ob sie diese nutzen würden. Aus Arbeitnehmersicht sei dies ein guter Aufhänger, um „Schritt für Schritt“ zu „lernförderlichen Arbeitsbedingungen für alle“ und zu tariflich vereinbarten Weiterbildungsfonds zu kommen. Darüber hinaus ist es aus Sicht der Gewerkschaften nötig, die allgemeine und politische Weiterbildung zu stärken. Ansgar Klinger erinnert an die GEW-Forderung: Mindestens ein Prozent des Bildungsetats soll jedes Bundesland für die öffentliche Erwachsenenbildung ausgeben. Das wäre nicht unbescheiden für die „vierte Säule“ des Bildungswesens.

Helga Ballauf,
freie Journalistin

■
*www.bmbf.de/de/426.php
**www.bmbf.de/pubRD/Trendbericht_2012_Weiterbildungsverhalten_in_Deutschland.pdf
***www.netzwerk-weiterbildung.info



Mitdiskutieren
[www.gew.de/
EundW.html](http://www.gew.de/EundW.html)

„Mehr als betrieb de

// Wer die Ergebnisse der OECD-Studie PIAAC* ernst nimmt, muss die Grundbildung ausbauen. Diese Konsequenz zieht Bildungsforscher Jens Friebe vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in Bonn im E&W-Interview. Friebe ist an einer Erweiterung der Studie beteiligt, die ältere Menschen – bis zum Alter von 80 Jahren – einschließt. //

E&W: Was ist neu an den PIAAC-Ergebnissen?

Jens Friebe: Die Studie bestätigt zunächst andere Untersuchungen wie PISA, wenn sie etwa die Selektivität des deutschen Bildungswesens feststellt. Neu sind viele der angewandten Verfahren: Die Teilnehmenden sind zuhause ausführlich befragt worden, die Auswahl ist repräsentativ; 24 OECD-Länder sind einbezogen. Man hat die Kompetenzermittlung mit soziodemografischen Daten verknüpft, also etwa mit der Frage: Welchen Schulabschluss hat der Befragte? Eine neue Qualität hat auch die Kompetenzmessung. Es geht



Jens Friebe

Foto: privat

der Reparatur- r Schule“

darum, Wissen und Handeln zu kombinieren; Probleme zu lösen mit Hilfe von Lesen, Schreiben, Alltagsmathematik, Computer- und Internetnutzung. Das ist ein hilfreicher Ansatz – für Beruf und Alltag.

E&W: Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus als Bildungsforscher?

Friebe: Die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung müssen sich verbessern – von der Finanzierung bis zur Bildungsberatung. Die Grundbildung muss gestärkt werden. Nötig sind mehr und passgenauere Angebote, wohnortnah, vielfältig, partizipativ. Es geht um die Inklusion Bildungsbenachteiligter: Zugangsbarrieren jeglicher Art gilt es zu beseitigen. Die Teilnehmenden sollen von Anfang an erkennen, welchen Nutzen und Sinn das Lernen für sie hat.

E&W: Heißt das, die Weiterbildungseinrichtungen haben die Grundbildung bisher vernachlässigt?

Friebe: Die öffentlichen Einrichtungen stehen immer stärker unter dem Druck, marktfähige Angebote zu machen und spezielle Bedürfnisse zu erfüllen: Kurse in außergewöhnlichen Fremdsprachen, kulturelle und Persönlichkeitsbildung etc. Wenn aber Bildung für Gebildete im Zentrum steht, dann hat Grundbildung wenig Bedeutung. Es herrscht das Matthäusprinzip – wer hat, dem wird gegeben. Das kennzeichnet auch die betriebliche Fortbildung.

E&W: Mehr Geld für die öffentliche Weiterbildung zu fordern, ist das eine. Wie lässt sich in der betrieblichen Bildung besser beeinflussen, wer weiterlernen darf?

Friebe: Tatsächlich herrscht bisher eine große Unübersichtlichkeit, was in diesem Bereich der Weiterbildung passiert. Eine gesetzliche Umlagefinanzierung böte die Chance, mehr Einfluss auf die Art der Bildungsangebote und Zielgruppen zu nehmen.

E&W: Würden tariflich vereinbarte Weiterbildungsfonds helfen?

Friebe: Sie wären zumindest ein Einstieg. Nötig ist aber ein umfangreiches System für alle Beschäftigten, unabhängig von gewerkschaftlicher Vertretung und tariflichen Rechten.

E&W: Welche Forderungen an die Schule ergeben sich für Weiterbildungsforscher nach den PIAAC-Ergebnissen?

Friebe: Es gibt eine Interpretationskontroverse: Die einen meinen, PIAAC zeige, wie die in den PISA-Studien festgestellten Ergebnisse „lebenslang“ weiterwirken, und dass die Weiterbildung die schulischen Defizite nicht ausgleichen kann. Die anderen behaupten: Was heute notwendig sei, könne die Schule nicht bereits vermittelt haben; das könne nur das lebenslange Lernen leisten. Letzterer Auffassung schließe ich mich an: Denn Weiterbildung ist viel mehr als nur der Reparaturbetrieb der Schule.

Interview: Helga Ballauf, freie Journalistin

*„Programme for the International Assessment of Adult Competencies“

ARBEITEN IN DEN KINDER- UND JUGENDKURSEN DER GOETHE-INSTITUTE IN DEUTSCHLAND

Für unsere meist dreiwöchigen Jugendsprachkurse suchen wir



Lehrkräfte

Tätigkeiten u. a.:

Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung des altersspezifischen Unterrichts mit in der Regel 24 Unterrichtseinheiten pro Woche.

Vor- und Nachbereitung der Ausflüge im Unterricht, Betreuung der Teilnehmer/innen bei Ausflügen, Mitwirkung bei der Betreuung und Freizeitgestaltung.

Anforderungen:

Abgeschlossenes Studium DaF und/oder neue Fremdsprachen, DaF-Unterrichtserfahrung, möglichst mit Kindern und Jugendlichen, Deutsch als muttersprachliche Kompetenz, Belastbarkeit, Teamfähigkeit, Engagement.

Die Vergütung erfolgt im Rahmen einer freien Mitarbeit auf Honorarbasis; die Arbeitszeit umfasst alle Wochentage einschließlich der Wochenenden. Alle freien Mitarbeiter/innen nehmen die Aufsichtspflicht wahr.

Informationen und Unterlagen zur Bewerbung
www.goethe.de/stellenangebote/jugendprogramm

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont



Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen

- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt“ führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten. Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/819-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de. Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont. Anschrift: Bombargallee 10, 31812 Bad Pyrmont.



Was sagt PISA aus?

Können wir uns auf die Schulter klopfen, weil die Bildungsgerechtigkeit leicht abgenommen hat? Fakt ist: Alle drei Jahre sind die Messkriterien zur sozialen Ungleichheit verändert worden.

PISA – eine Erfolgsgeschichte?

// PISA 2012 bescheinigt 15-Jährigen, die Deutschlands Schulen besuchen, nur geringe Kompetenzzuwächse gegenüber 2009. Dennoch feiern die nach Erfolg heischenden Kultusminister ihre bereits vor drei Jahren verkündeten „deutschen Verbesserungen“ mit viel Pomp ein zweites Mal. //

Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Stephan Dorgerloh (Sachsen-Anhalt/SPD), griff auf die Wortschöpfung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zurück: „Das ist ein guter Tag für die Bildungsrepublik Deutschland.“ Was war der Anlass für so viel Euphorie eines SPD-Kultusministers? Bei PISA 2012 hat sich Deutschland im aktuellen Untersuchungsschwerpunkt Mathematik gegenüber 2009 um gerade mal einen Punkt verbessert. Das ist wegen der statistischen Fehlertoleranz wirklich nicht relevant. In der OECD-Leistungsskala erzielt Shanghai mit 613 Punkten den Spitzenwert, Peru hat mit 368 Punkten die Rote Laterne. Deutschland erreicht 514 Punkte. Zur Erinnerung: 30 bis 40 PISA-Punkte gelten als Lernfortschritt eines Schuljahres.

Ähnliches gilt für die Naturwissenschaften. In diesem Bereich erzielten die getesteten 15-Jährigen in Deutschland diesmal ein Plus von vier Punkten. In der Lesekompetenz erreichten sie dagegen immerhin elf Punkte Zugewinn. Das entspricht in etwa einem Lernfortschritt von fast einem Drittel Schuljahr. Gleichwohl liegt das „Land der Dichter und Denker“ in dieser für das weitere Lernen so wichtigen Disziplin auch mehr als zehn Jahre nach dem PISA-Schock von 2001 mit 508 Punkten noch immer nur leicht über dem Mittelmaß anderer OECD-Industriationen (496).

Doch die Kultusminister „verkaufen“ PISA als Erfolgsgeschichte. Die Zahl sogenannter Risikoschüler in den untersten Leistungsgruppen sei gesunken, der Bildungserfolg nicht mehr so abhängig von der sozialen Herkunft, beteuerten sie zusammen mit dem von ihnen beauftragten Schulforscher Manfred Prenzel nahezu euphorisch bei der Präsentation der Ergebnisse. Gleichwohl können laut aktuellem PISA-Befund noch immer knapp 18 Prozent der 15-Jährigen lediglich ganz einfache Mathe-Aufgaben lösen. Und noch immer bleibt als Skandal: Schülerinnen und Schüler aus der Oberschicht

haben gegenüber Gleichaltrigen aus bildungsferneren Elternhäusern im Schnitt einen Lernvorteil von fast eineinhalb Schuljahren. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund beträgt der Abstand im Schnitt sogar fast zwei Schuljahre. Ein deutliches Zeichen für die mangelhafte Integrationspolitik in Deutschland.

Zweifel angebracht

Zweifel sind allerdings angebracht, ob die von den Kultusministern „herausgeputzten“ Verbesserungen bei den Leistungsabständen zwischen gutsituierten Schülerinnen und Schülern und Gleichaltrigen aus einkommensschwächeren Familien in den vergangenen Jahren tatsächlich erfolgt sind – oder ob sie nicht bloß die zufällige Folge statistischer Effekte sind. Denn vorsichtig räumen die OECD-Schulforscher in Paris in ihrer „Ländernotiz Deutschland“ ein: „Ein Teil des seit PISA 2003 beobachteten Fortschritts könnte auf Veränderungen in der sozialen und demografischen Zusammensetzung der Schülerpopulation zurückzuführen sein.“ Sprich: In der jedes Mal durch Zufallsauswahl ermittelten PISA-Teilnehmergruppe von rund 5000 Schülerinnen und Schülern in Deutschland befanden sich diesmal weitaus weniger

Migrantenkinder und Jugendliche aus armen Familien als in früheren Jahren. Mit Vorsicht zu genießen sind zudem auch Tabellenplatzierungen und Leistungs-Durchschnittswerte der Länder in der internationalen OECD-Ranking-Liste. Am ersten Testdurchlauf 2000 nahmen lediglich 32 Staaten teil – alle hoch entwickelten Industrienationen. Bei PISA 2009 und 2012 waren es jeweils 65 Staaten. Zu diesen gehörten neu hinzugekommene Länder wie Peru, Indonesien, Katar und Kolumbien. Letztere drücken mit ihren schlechten Mittelwerten den allgemeinen Leistungsschnitt kräftig nach unten – wie die ebenfalls erst später eingestiegenen asiatischen PISA-Topregionen Shanghai, Singapur und Taipeh gleichzeitig das Bild an der Spitze verändern.

Kritische Regionen

Doch auch die verschiedenen innerdeutschen Analysen hinsichtlich Bildungserfolg und sozioökonomischer

Herkunft der 15-Jährigen werfen inzwischen mehr als nur kritische Fragen auf. Statt von Chancenungleichheit spricht das Bildungsforscher-Neudeutsch von „sozialen Disparitäten“. Das klingt genauso beschönigend wie andere mit viel Hintersinn erfundene Sprachschöpfungen – etwa Atommüll „entsorgen“ oder Arbeitnehmer „freisetzen“. Gleich, ob es um die früheren innerdeutschen Befunde auf Basis der PISA-Fragestellungen (2000 bis 2006) oder um die folgenden Untersuchungen der Kultusminister auf Grundlage neuer Bildungsstandards (2009 und 2012) geht: Alle drei Jahre – also mit jeder Studie – sind die Messkriterien zur sozialen Ungleichheit verändert worden. Ein seriöser sozialwissenschaftlicher Langzeitvergleich über die Entwicklung der Chancengleichheit zwischen 2000 und 2012 ist damit nicht möglich.

Dennoch glaubt der scheidende KMK-Präsident Dorgerloh mit Blick auf die PISA-Studie 2012 zu wissen: „Das Bild

vom deutschen Weltmeister der sozialen Bildungsungerechtigkeit gehört damit der Vergangenheit an.“ Genauso erfreut zeigte sich die alte und neue Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU): „Deutschland hat sich nicht nur schocken, sondern auch wecken lassen.“ Als 2009 die internationalen PISA-Forscher Deutschland erstmals sichtbare Leistungsverbesserungen vor allem in Mathematik und Naturwissenschaften bescheinigten, hat die Politik parteiübergreifend den weiteren Ausbau der Ganztagschulen verlangt. Aber einem Ganztagschulprogramm des Bundes erteilte Wanka bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD eine schroffe Absage – trotz vollmundiger CDU-Ankündigungen im Wahlkampf. Mit ihrem „Ja“ zur Koalition hat die SPD diese „Kröte“ nun auch geschluckt.

Max Loewe,
freier Bildungsjournalist



Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

Akademiker und Beamte aufgepasst!

Zahlen Sie für Ihr **BEAMTENDARLEHEN** noch in eine teure Lebens- oder Rentenversicherung?
Jetzt clever umschulden und sparen!

Entscheiden Sie sich für den **PRIVATKREDIT+**

Ihre Vorteile:

- Ratenkredit von 10.000,00 EUR bis 120.000,00 EUR
- Laufzeit 10, 12 oder 15 Jahre
- Niedrige monatliche Rate mit regelmäßiger monatlicher Tilgung
- Sondertilgung jederzeit ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Bonitätsunabhängiger gebundener Sollzinssatz für die gesamte Laufzeit
- Das PLUS: Die Bank bezahlt für Sie die Beiträge zur Todesfallabsicherung

*Achtung! Sonderkonditionen!
bis 31.01.2014 gesenkte Zinssätze.*

Jetzt Wunscharlehen beantragen unter

www.bankhaus-masel.de oder Free Call: 0800-3006830

ILKA HOFFMANN



Antwort auf den PISA-Hype

Die deutschen 15- bis 16-Jährigen haben bei dem PISA-Test 2012 leicht zugelegt und sind jetzt in der internationalen Ranking-Liste der OECD im oberen Mittelfeld angekommen. Ist das deutsche Schulwesen also auf dem richtigen Weg?

Den „PISA-Schock“ 2001 erlebten viele Kritiker des selektiven Schulsystems als befreiend. Endlich war das Vorurteil beseitigt, das mehrgliedrige Schulsystem in Deutschland mit seiner Sortierung nach der Grundschule sei integrativen Schulsystemen überlegen. Der PISA-Blick auf andere OECD-Länder zeigte: Gute Leistungen und mehr Chancengleichheit sind kein Widerspruch.

Aber was ist bildungspolitisch seitdem geschehen? Zum einen hat die Kultusministerkonferenz (KMK) Bildungsstandards eingeführt und in den meisten Bundesländern sind die Lehrpläne entsprechend überarbeitet worden. Dabei hätte in der Kompetenzorientierung und den Kernlehrplänen die Chance bestanden, Bildungsangebote stärker an die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anzupassen. Das Gegenteil war der Fall: Das Einführen zentraler Abschlussprüfungen und jährlicher Vergleichsarbeiten verstärkte das „teaching to the test“. Der damit erfolgte Fokus auf „Qualitätssteuerung“ messbarer Teilfähigkeiten hat den Bildungsbegriff letztlich verengt.

Und während über schulische Inklusion diskutiert und ein professioneller Umgang mit heterogenen Lerngruppen politisch gewollt wird, hierfür aber zusätzliche finanzielle Mittel nötig wären, geben die Kultusminister viel Geld für Tests jahrgangsbezogener „Kompetenzen“ aus. Da deren Ergebnisse angeblich die Unterrichtsqualität widerspiegeln, neigen nicht wenige Schulen dazu, Selektion und Leistungsdruck zu intensivieren.

Erfolgte strukturelle Reformen in der Sekundarstufe I sind eher demografischen Entwicklungen geschuldet als dem Ergebnis einer ernsthaften und pädagogischen Schulstrukturbedebatte.

Und die Bildungsforschung? In den Hochschulen gab es einen Boom empirischer Bildungsforschung. Doch mit welchen Folgen für die Lehrerbildung? Bisher war die empirische Bildungsforschung weder in der Lage, Modelle zu liefern, die helfen, das konkrete professionelle Tun besser zu reflektieren, noch professionelles Wissen für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen bereitzustellen.

Zudem: Bildungsbenachteiligung wird politisch vorwiegend als ökonomisches Problem eines Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt diskutiert und nicht als Unrecht, das eine zivile Gesellschaft in einem demokratischen Staat beschämen sollte. Fakt ist auch: Alle Widersprüche der gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen an Schulen – etwa Inklusion und individuelle Förderung gleichzeitig mit dem Erfüllen jahrgangsbezogener Standards zu realisieren – trägt die Politik auf dem Rücken der Lehrkräfte aus.

Bei alledem bleiben viele Fragen: Ob es Zufall ist, dass mit dem Einsatz einer outputorientierten Steuerung von „Schulqualität“ die Schülerquoten beim sonderpädagogischen Förderbedarf in vielen Bundesländern ansteigen? Oder: Warum in den PISA-Befunden die sogenannte Risikogruppe unter den Schülern nahezu gleich bleibt? Und: Hat sich die Qualität von Schulen flächendeckend wirklich verbessert? Nicht zuletzt: Was macht überhaupt Schulqualität aus? Manche OECD-Experten erwidern auf die Frage, was eine gute Schule ist: „Eine, die gut bei PISA abschneidet.“ Eine Aussage, die die GEW nicht zufriedenstellen kann. Denn: Bildung ist keine Wirtschaftsfrage, sondern ein Menschenrecht.

Die GEW muss eigene, auch wissenschaftlich begründete Kriterien entwickeln, was sie unter einer guten Bildung für alle versteht. Das wäre die gewerkschaftliche Antwort auf den PISA-Hype und seine Folgen.

Ilka Hoffmann,
Leiterin des Organisationsbereichs Schule

Wie viel Bildung steckt im Koalitionsvertrag?

// Eins kann man schon jetzt nach der Lektüre des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD feststellen: Einen umfassenden Anspruch, Bildungspolitik im Sinne einer „Bildungsrepublik“ grundlegend zu reformieren, können die Schwarz-Roten mit ihrem Werk nicht für sich reklamieren. //

Das Dementi folgte dem Koalitionsvertrag auf dem Fuße: Gleich nach der vorläufigen Unterzeichnung erklärte die amtierende Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU), selbstverständlich werde das BAföG angehoben und strukturell verbessert – auch wenn dies nicht im Koalitionsvertrag stehe. Eine

Maxime, die dem ganzen Vertragswerk guttun könnte, jedenfalls in puncto Bildung, Familie und Gleichstellung. Fakt ist: Bildung ist kein Schwerpunkt dieses Koalitionsvertrages, auch wenn das entsprechende Kapitel „In Deutschlands Zukunft investieren“ überschrieben ist.

SPD-Ziele bleiben auf der Strecke

Einen höheren Spitzensteuersatz oder die Einführung der Vermögensteuer sieht die schwarz-rote Vereinbarung nicht vor, stattdessen einen ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2015. Deutlich höhere Einnahmen waren aber die Voraussetzung für die SPD, ihre bildungspolitischen Ziele realisieren zu können – etwa ein neues Ganztags-

schulprogramm. Die verfügbaren Mittel für die Bildung darf der Bund weiterhin nur sehr begrenzt verwenden, um Aufgaben in der Fläche mitzufinanzieren. Der Wegfall des Kooperationsverbots scheiterte an den unionsregierten Ländern.

Immerhin soll weiteres Geld in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen: Bis 2017 will die Große Koalition drei Milliarden Euro zusätzlich für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation bereitstellen. Sechs Milliarden Euro sollen im gleichen Zeitraum die Länder und Kommunen entlasten, damit diese in Kinderkrippen, Kitas, Schulen und



Foto: image

Haben nach den Marathon-Verhandlungen über den Koalitionsvertrag gut lachen (v.l.n.r.): SPD-Chef Sigmar Gabriel, Alt- und Neukanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer. Der Vertrag macht deutlich: Bildung ist kein Schwerpunkt. Da wird vielen das Lachen noch vergehen ...

Hochschulen investieren können. Was „Entlastung“ bedeutet und wie das Geld auf die Bildungsbereiche verteilt wird, ist allerdings noch völlig unklar. Hinzu kommt, dass die Union mit der Ansage in die Koalitionsgespräche ging, bis 2017 fehlten 4,8 Milliarden Euro im Bildungsetat, allein um die laufenden Ausgaben zu decken. Es könnte nur ein wenig mehr sein, was der Bildung dann laut Vertrag zugute kommen soll.

Verteilungskampf entbrannt

Der Verteilungskampf ums Geld ist indes bereits entbrannt: Die Tinte unter dem Vertragswerk war kaum trocken, da erklärten die geschäftsführenden Ministerinnen schon, wie viel von dem „Kuchen“ jeweils ihrem Ressort zustehe: Während Familienministerin Kristina Schröder (CDU) zweieinhalb Milliarden für den Kitaausbau reklamierte, forderte ihre Unionskollegin Wanka fünf Milliarden Euro für den Bildungsetat. Wofür, bleibt unklar. Und garantieren, dass die in Aussicht gestellten Milliarden tatsächlich in die Bildung fließen, mochte sie auch nicht, wie sie öffentlich einräumte. „Entlastung“ der Länder könnte nämlich auch bedeuten, dass der Bund finanzielle Spielräume eröffnet, die die Länder nach eigenem Ermessen nutzen können – für Bildung oder aber auch für andere Dinge. Im Gegenzug wird der Bund versuchen müssen, die Mittel inhaltlich zu binden. Bei allen Begehrlichkeiten der Länder ist dennoch klar: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Für Kitas, Schulen und Hochschulen wird nur jeweils ein Teil der sechs Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Die ersten Meldungen zu bildungspolitischen Themen im Koalitionsvertrag befassten sich mit dem, was sich dort dann leider nicht wiederfand: Das Kooperationsverbot bleibt, von einem neuen Ganztagsschulprogramm kein Wort. Ebenso wird die finanzielle Beteiligung des Bundes am Ausbau der Schulsozialarbeit nicht fortgesetzt. Betreuungsgeld sowie Bildungs- und Teilhabepaket für Hartz-IV-Kinder gibt es dagegen weiterhin. Um inklusive Bildung machen die Koalitionäre einen Bogen. Und: In der letzten Verhandlungsnacht flogen schließlich noch Re-

form und Anhebung des BAföG aus dem Vertragstext. Besonders schmerzlich für die SPD, weil über die BAföG-Reform mit der Union Einigkeit bestanden hatte und sie aus SPD-Sicht zu den wenigen verbliebenen Möglichkeiten zählt, mit denen der Bund zum sozialen Ausgleich im Bildungswesen beitragen kann.

Vor allem die ambitionierten bildungspolitischen Projekte der Sozialdemokraten sind auf der Strecke geblieben. Ihren Ansprüchen und Zielen hatte die Union ein Minimalprogramm entgegengesetzt. Das ermöglichte es der SPD, ein „Nein“ entgegenzuhalten. Zugleich konnten CDU und CSU eigene Akzente setzen. Bei der Union steht digitale Bildung hoch im Kurs: Sie will beispielsweise „Profilschulen IT/Digital“ nach dem Vorbild der Eliteschulen für den Sport in Kooperation mit Hochschulen und privaten Partnern auf den Weg bringen.

DGB nicht unzufrieden

In der beruflichen Bildung zeigen sich DGB und Gewerkschaften allerdings nicht unzufrieden: Der Nationale Ausbildungspakt, an dem bisher nur Regierung und Arbeitgeber beteiligt sind, soll zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ mit dem Ziel einer Ausbildungsgarantie weiterentwickelt werden.

Ausbildungsbegleitende Hilfen und die sogenannte assistierte Ausbildung sollen jungen Menschen mit schlechten Startbedingungen den Einstieg in die Berufsausbildung erleichtern. Ferner soll das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf überprüft und auf vollqualifizierende betriebliche Berufsausbildungen ausgerichtet werden.

Mit einer dritten Runde des Hochschulpakts wird der Ausbau des Hochschulwesens wieder für einige Zeit gesichert. Zusätzlich soll der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen, was allerdings aus den sowieso umkämpften sechs Milliarden Euro zu bestreiten wäre. Mit dem Ziel, planbare und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen, greifen Union und SPD eine wichtige Forderung der GEW unmittelbar auf: Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz soll novelliert, vor allem die Problematik kurzer Befristungen angegangen werden.

In der Familien- und Gleichstellungspolitik sind die Spielräume dagegen eng: Positiv kann man zwar verbuchen, dass der Bund ankündigt, er werde die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter vorantreiben. Ziel sei es, Fragen der Personalausstattung, Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte, des Fachkräfteangebots sowie der Sprachbildung zu regeln. An der Forderung der GEW, dies durch ein Bundesgesetz zu tun, wird die Koalition kaum vorbeikommen. Beim Thema Kitaausbau stößt man dagegen wiederum auf eine unklare Finanzlage.

Koalition muss nachbessern

Zur Entgeltgleichheit hatte sich die zuständige Koalitionsarbeitsgruppe weitgehend geeinigt. Aber auch hier haben die Koalitionäre massiv gestrichen. Immerhin bleibt das Ziel, unter anderem die Arbeit in Pflege, Betreuung und frühkindlicher Bildung weiter aufzuwerten, auf der politischen Tagesordnung. Ursprünglich war ausdrücklich eine bessere Bezahlung der Fachkräfte angestrebt worden. Auf welchem Wege – darüber herrschte allerdings Schweigen. Letztlich droht, dass das Thema alleine bei den Tarifpartnern abgeladen wird und die Politik keine unmittelbare Verantwortung übernimmt.

Dass DGB und Gewerkschaften den Koalitionsvertrag nicht generell ablehnen, ist vor allem auf Themen aus dem Bereich „Arbeit und Soziales“ zurückzuführen (Stichwort: „Mindestlohn“). Bei der Bildung hingegen sieht auch der DGB einen „deutlichen Nachbesserungsbedarf“. Hier bleibe die Koalition „weit unter ihren Möglichkeiten“. Noch enttäuschter reagiert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, aus deren Sicht die bildungspolitische Bilanz ernüchternd ausfällt: „Die Menschen werden einer Großen Koalition vier Jahre bildungspolitischen Stillstand nicht nachsehen.“

Nils Kammerdt,
Leiter des Parlamentarischen
Verbindungsbüros der GEW



Mitdiskutieren
[www.gew.de/
EundW.html](http://www.gew.de/EundW.html)

MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

Nacharbeiten!

Die GEW sieht den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sehr kritisch. Warum? Die chronische Unterfinanzierung der Bildung in Deutschland wird nicht beendet. Die Länder erhalten nicht die erforderlichen Gelder, um gute Bildung für alle Menschen anbieten zu können. Zudem wird das Kooperationsverbot, das dem Bund untersagt, die Länder in der Bildung systematisch finanziell zu unterstützen, nicht aufgehoben. Die Ankündigung, der Bund wolle Länder und Kommunen über die gesamte Legislaturperiode um sechs Milliarden Euro für den Ausbau von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen entlasten, ist völlig unzureichend.

Den Ländern wird es angesichts der Knebelung durch die Schuldenbremse nicht möglich sein, den gesellschaftlichen Erwartungen an Bildung, Erziehung und Betreuung gerecht zu werden. Ansprüche und deren Finanzierung klaffen immer weiter auseinander. Diese Lücke kann und darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschlossen werden. Das Thema Bildungsfinanzierung bleibt eine Baustelle. Vier Jahre bildungspolitischen Stillstand während der Großen Koalition werden die Menschen nicht akzeptieren. In der laufenden Wahlperiode muss nachgearbeitet werden. Die Gesellschaft will die Beteiligung des Bundes an Finanzierung und Ausbau von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit.

Eine BAföG-Reform muss und wird kommen, egal, ob sie im Koalitionsvertrag steht oder nicht. Wir werden dafür im Gespräch mit der Politik massiv Druck entfalten. Eltern, aber auch Arbeitgeber erwarten qualitativ hochwertige Krippen und Kitas, die den Kindern ganztägig ein gutes Bildungsangebot machen. Die GEW wird weiterhin auf ein Qualitätsgesetz drängen und zugleich die notwendigen Finanzmittel für die Länder und Kommunen einfordern. Eltern wollen gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Dafür muss der Staat die Kapazitäten an den Fach(hoch)schulen ausbauen. Die Aufwertung des Berufes und ein besserer Verdienst der Erzieherinnen stehen ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Auch hierfür müs-

sen Länder und Kommunen finanzielle Spielräume erhalten. Die Große Koalition will in der Gesellschaft eine Willkommens- und Anerkennungskultur stärken. In allen Bereichen sollen Menschen mit Behinderungen selbstverständlich dazugehören – und zwar von Anfang an. Dafür ist es notwendig, die Sozialgesetzgebung im Sinne einer verstärkt dauerhaft gesicherten Förderung zu überarbeiten. Ausgerechnet das Bildungswesen erwähnen die Koalitionäre bei der Inklusion nicht. Die GEW wird nicht nachlassen, die Teilhabeansprüche in einem inklusiven Bildungswesen zu stärken und auch die Mittel, um diese Ansprüche auszugestalten, einzufordern.

Sie wird bei der Realisierung konkreter Vorhaben ihre Chancen nutzen und ihre Expertise bei Gesetzesvorhaben einbringen: Im Übergang von Schule und Beruf wollen Union und Sozialdemokraten den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln. Die Gesellschaft will es auch nicht hinnehmen, dass es in Deutschland 7,5 Millionen funktionale Analphabeten gibt. Genauso wenig wie sie akzeptiert, dass die Menschen, die in der Weiterbildung arbeiten, prekär beschäftigt sind. Unsere Vorschläge für ein Recht auf Bildung und gute Arbeitsbedingungen liegen auf dem Tisch.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen soll auf Zeit gesichert werden. Der Bund will außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative mit drei Milliarden Euro finanzieren. Es wird aber einen neuen Anlauf für dauerhafte Regelungen, an denen sich der Bund beteiligt, geben müssen. Zu den bildungspolitischen Lichtblicken im Koalitionsvertrag zählt, dass der Bund für verlässliche Karrierewege für das wissenschaftliche Personal sorgen will. Die GEW wird sich bei Gesetzesänderungen einmischen und nicht nachlassen, für eine bessere Finanzierung des Bildungswesens zu werben.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Mehr Augenmaß

// Die Länderserie Inklusion, die E&W im vergangenen Jahr gestartet hat, setzen wir im Januar mit Sachsen fort. Der Freistaat hinkt anderen Ländern weit hinterher und nähert sich nur langsam der Umsetzung eines inklusiven Lernens. //

Eigentlich hatte Dorothea es gut. Sie besuchte die Grundschule Jesewitz bei Leipzig, lernte Lesen und Schreiben, hatte viele Bücher, Freunde und konnte etwas

Länderbarometer

Sachsen mit vier Millionen Einwohnern hat 328 000 Schülerinnen und Schüler an knapp 1500 allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft. Der Anteil der Mädchen und Jungen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gehört mit 8,4 Prozent bundesweit zu den höchsten. Erst in jüngster Vergangenheit kommen diese Kinder auf Regelschulen: Der Integrationsanteil liegt jetzt bei fast 27 Prozent, nach nur rund sechs Prozent vor zehn Jahren, und hat damit den Bundesdurchschnitt erreicht. So besuchen nun gut 6800 Schüler mit Handicaps die allgemeinbildenden Regelschulen, doch 19 000 Schüler werden noch immer separat an den 158 Förderschulen des Landes unterrichtet (Exklusionsquote: 6,3 Prozent). Für die Integrationschüler kommen rund 590 Förderschullehrkräfte an die Regelschulen. Immerhin unterrichten 85 Prozent der allgemeinbildenden Schulen jetzt Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ. Allerdings wird in 780 Integrationsklassen die Höchstgrenze von 25 Schülern teils deutlich überschritten.

(Quelle: Sächsisches Kultusministerium, Stand: Schuljahr 2013/14)



Foto: Kirsten Nijhof

Kampf um Inklusion: Die Eltern Antje und Cornelius Kreß (auf dem Foto Mutter Antje) mussten den Besuch einer regulären Oberschule bei Leipzig für ihre Tochter Dorothea erst erstreiten. Der Weg zur Inklusion ist in Sachsen noch mühselig.

Englisch. Sie war voll integriert. Doch als die 4. Klasse zu Ende ging, machte Sachsens Kultusbürokratie die Schotten dicht: Ab der 5. Klasse sollte das Mädchen mit Down-Syndrom erstmals auf eine Förderschule für geistig Behinderte gehen. Begründung: Die Schulverordnung erlaube an weiterführenden Schulen keine lernzieldifferente Integration. Punkt.

Doch ihre Eltern Antje und Cornelius Kreß schrieben Briefe an die Landesregierung, stellten Anträge bei Behörden und als sie kein Gehör fanden, klagten sie vor dem Verwaltungsgericht Leipzig. Immerhin erstritten sie kurz vor Sommerferienende einen Erfolg auf Zeit: Dorothea besucht jetzt mit Unterstützung ihrer Schulassistentin die reguläre Oberschule in ihrer Nachbarschaft, die

integrativ und heterogen unterrichtet. „Die ganze Schule gibt sich sehr große Mühe. Dorothea geht sehr gern hin und macht Fortschritte“, erzählt die Mutter. Drei Stunden kommt eine externe Förderlehrerin, um die 13-Jährige und ihre Lehrkräfte zu unterstützen, zwei Integrationsstunden wurden dem Kollegium zugestanden. Doch Dorothea ist eine von nur wenigen Schülerinnen und Schülern mit geistiger Beeinträchtigung, die eine öffentliche Regelschule in Sachsen besuchen. Und das auch nur vorerst. Die Eilentscheidung der Leipziger Richter ist in der Hauptsache noch offen. „Man macht es uns so schwer wie möglich“, beklagen die Eltern.

>> Fortsetzung auf Seite 25

>> Fortsetzung von Seite 24

Es ist eine Geschichte, die Bände spricht über den Freistaat. Denn der Einerschüler bei PISA-Tests und bundesweiten Rankings ist bei der flächendeckenden Umsetzung der Inklusion gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein Sitzbleiber. So lag der Anteil der Schüler mit Handicap, die integrativ beschult werden (von inklusivem Unterricht wird im Freistaat kaum gesprochen), im deutschen Vergleich bis vor kurzem auf den hinteren Rängen und erreicht erst langsam bundesweiten Durchschnitt (s. Kasten Länderbarometer S. 24). Das Schulgesetz ist völlig veraltet und sieht bis heute keine lernziendifferenzierende Beschulung vor. Und vor der Landtagswahl im August 2014 wird das „heiße Eisen“ Inklusion nicht mehr angepackt.

Tippelschritte

An vielen Regelschulen hat sich die Inklusion dennoch in den Alltag eingeschlichen. Lars Stange zum Beispiel, Lehrer am Humboldt-Gymnasium Radeberg bei Dresden, unterrichtet nun auch Schüler mit Förderbedarf, darunter ADHS-Kinder und Autisten. Da er eine engagierte Schulleiterin habe, habe das Gymnasium einige Schüler mit Förderbedarf aufgenommen, erzählt der 47-Jährige. „Es hat sich so ergeben – und wir müssen uns dem stellen.“ Unterstützung bekommt er von einem eigens gebildeten Integrationsteam der Schule, das Hilfen anbietet, Unterrichtsbegeleitung wie auch Gespräche mit Kollegen, Eltern und Schülern organisiert. „Vieles macht man intuitiv“, sagt Stange. „Aber man kann an seine Grenzen stoßen.“ Bei der GEW Sachsen stößt die Zurückhaltung der Politik auf deutliche Kritik. Sie fordert mehr Pädagogen und insbesondere mehr sonder- und förderpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte, um eine inklusive Schule realisieren zu können (s. Kasten). Doch bisher ist Sachsen davon weit entfernt. Die Regierung hat lediglich einen Aktions- und Maßnahmenplan erarbeitet, der eine Inklusion in Toppel-

sritten vorsieht. Das Land will zunächst bis 2015 in vier Modellregionen Erfahrungen mit der Inklusion von der Kita bis zur Berufsbildung sammeln. So sollen eine lernziendifferente Integration in der Sekundarstufe I erprobt und Fördermaßnahmen entwickelt werden. Doch lediglich 123 Schüler mit Förderbedarf an 22 Schulen sind daran beteiligt. Im großen Rest des Landes entscheidet nach wie vor die Bildungsagentur, ob ein Schüler integrativ unterrichtet wird – und nicht der Elternwille. „Dies ist ein klarer Verstoß gegen die UN-Konvention“, beklagt die frühere GEW-Vorsitzende, ehemalige sächsische Wissenschaftsministerin und heutige SPD-Landtagsabgeordnete Eva-Maria Stange.

Politische Taktik

Die Zurückhaltung ist keineswegs nur dem rigiden Sparkurs des Ost-Landes und dem wachsenden Lehrkräftemangel zuzurechnen. Die Vorsicht ist schulpolitisch gewollt. CDU-Kultusministerin Brunhild Kurth: „Der Weg der Inklusion kann auch falsch sein. Nämlich dann, wenn Inklusion um jeden Preis durchgesetzt werden soll und dem Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf schadet.“ Der Unterricht eines Kindes mit geistiger Einschränkung in einer Förderschule biete vielmehr die Chance, ein Kind gezielt zu fördern. „Das kann nur im Einzelfall entschieden werden“, betont Kurth. „Es darf keinen

Automatismus für die eine oder andere Schulform geben.“

Die Politik sei daher gut beraten, betont die Ministerin immer wieder, die UN-Konvention „schrittweise und mit Augenmaß“ umzusetzen. Im Fall von Dorothea hätte wohl ein Mehr an Augenmaß geholfen.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Die komplette Länderserie Inklusion finden Sie unter: www.gew-inklusion.de

„Alles andere ist Augenwischerei“



Foto: privat

Sabine Gerold,
GEW-Vorsitzende Sachsen

„Sachsen treibt derzeit die Zahlen der Integration aktionistisch nach oben – doch ohne Konzept und weitgehend über die Köpfe der Pädagoginnen und Pädagogen hinweg. Die Folgen sind verheerend: Förderschullehrkräfte haben Angst, dass ihre Einrichtungen ausbluten sollen. Und die Kolleginnen und Kollegen an den Regelschulen erbringen Integrationsleistungen, ohne dass man ihnen dafür zusätzliche Ressourcen bereitstellt. So werden Sonderpädagogen, die von Schule zu Schule eilen, verschlissen. Das Kultusministerium darf sich nicht wundern, wenn es den Unmut der Kolleginnen und Kollegen heraufbeschwört. Dies scheint sogar Kalkül zu sein. Denn eine gelingende Inklusion ist derzeit schulpolitisch nicht gewollt, weil sie das Schulsystem in Frage stellen würde. Stattdessen versteckt man sich hinter Modellprojekten, die keiner braucht, weil Inklusion längst erprobt ist. Sachsen benötigt ein langfristiges, mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept und ein Mehr an sonderpädagogischem Fachpersonal. Alles andere ist Augenwischerei.“

Profis für
INKLUSION
für Profis

ANDREAS KELLER



Foto: Kay Henschelmann

Jetzt ist die Politik gefragt

Die Pressemitteilung hatten wir schon in der Schublade: „Die GEW begrüßt die Initiative der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) für einen Orientierungsrahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“, das wäre der erste Satz gewesen. Die Hochschulen hätten damit gezeigt, dass sie mit ihrer Autonomie verantwortungsbewusst umgehen – indem sie sich auf transparente Karrierewege und faire Befristungsregelungen verpflichtet hätten.

„Hätte, hätte, Fahrradkette.“ Mehrheitlich hat die HRK-Mitgliederversammlung Ende vergangenen Jahres (s. E&W 12/2013) in Karlsruhe die Initiative für den Orientierungsrahmen durchfallen lassen. Die Hochschulautonomie richte sich nicht nur gegen Ministerien, sondern auch gegen den eigenen Dachverband, wurde eingewandt. Die Hochschulen wüssten selbst am besten, was gut für ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei, hieß es. Nein, die meisten wissen es wohl eher nicht. Die Befristungspraxis an den Hochschulen ist völlig aus dem Ruder gelaufen. 90 Prozent der über 160 000 wissenschaftlichen Beschäftigten haben Zeitverträge, davon hat über die Hälfte der Zeitverträge eine Laufzeit von unter einem Jahr. Anders als in Großbritannien, Frankreich oder den USA gibt es in Deutschland neben der Professur keine Perspektive, auf Dauer Wissenschaft als Beruf zu betreiben. Das ist nicht nur unfair gegenüber den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern schadet auch der Qualität von Forschung und Lehre sowie der Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung.

Mit dem Orientierungsrahmen wäre die HRK einen ersten Schritt in die richtige Richtung gegangen. Die Hochschulen hätten sich verpflichtet, mehr Dauerstellen in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement einzurichten. Soweit Zeitverträge notwendig sind, hätten sie sich auf Mindeststandards festgelegt. Nichts anderes hat die GEW mit ihrem Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ 2012 vorgeschlagen. Doch es kam anders. Eine knappe Mehrheit der HRK-Mitgliederversammlung wollte selbst diesen ersten

Schritt nicht mitmachen. Damit haben die Hochschulrektoren nicht nur die Erwartungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler enttäuscht, sondern auch die der Politik. Im Juli 2013 hatte sogar der Deutsche Bundestag die Hochschulen zum Gegensteuern aufgefordert.

Jetzt ist die Politik gefragt. Mit ihrer Verweigerung hat die HRK möglicherweise mit dazu beigetragen, dass CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag verbindliche Maßnahmen für faire Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Karrierewege in der Wissenschaft ankündigen. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz soll novelliert, die Forschungsförderung des Bundes an konkrete Vereinbarungen für die Förderung des Nachwuchses und der Gleichstellung geknüpft werden. Zwei wesentliche Impulse des Köpenicker Appells der GEW für ein 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung greift der Koalitionsvertrag damit auf (s. E&W 12/2013).

Wenn dann noch die Grundfinanzierung der Hochschulen tatsächlich verbessern würde, wie es Union und SPD in Aussicht stellen, wären auch haushaltspolitische Voraussetzungen gegeben, um die Beschäftigung zu stabilisieren. Die Antwort auf die Frage, wie sie dies ohne Wegfall des Kooperationsverbots erreichen können, bleiben die Koalitionäre jedoch schuldig. Ausgemacht ist für sie indes, dass die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation ausgebaut werden sollen. Das bedeutet wiederum mehr befristete Projektgelder für Drittmittelprojekte und Exzellenzcluster, die die Hochschulen in befristete Arbeitsverträge ummünzen werden.

Den rechtlichen Rahmen für Zeitverträge in der Wissenschaft erweitern und gleichzeitig die finanziellen Gestaltungsspielräume der Hochschulen durch eine nachhaltige Finanzierung schaffen – so würde ein Schuh draus!

Andreas Keller,
stellvertretender Vorsitzender und Leiter des Organisationsbereichs
Hochschule und Forschung

Austausch über Grenzen hinweg



Das Mai-Meeting wird unterstützt vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW.

// Einladung zum 16. Mai-Meeting der GEW vom 29. Mai bis 1. Juni 2014 in Walsrode

Das MaiMeeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für ihre Mitglieder und ganz besonders für ihre Funktionärinnen und Funktionäre. Gerade der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und GEW-Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben anspruchsvollen Workshops mit erfahrenen Trainerinnen und Trainern stehen wieder viele kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen auf dem Programm. Folgende sechs Workshops werden angeboten:

1. Wo stehe ich – wo will ich hin? Rolle und Identität im Leben (Arbeit/Gewerkschaft/Privat)
2. Rechtsrock
3. Resilienz – angemessener Umgang mit Belastungen

4. Gemeinschaft lernen – Vom Glück der Gemeinschaft
 5. Auf dem Weg in eine solidarische Moderne
 6. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich
- In diesem Jahr findet das Mai-Meeting im ver.di-Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode statt. Es liegt idyllisch in der Lüneburger Heide und bietet beste Tagungsbedingungen.

Weitere Informationen zum Programm, zu den Teilnahmebedingungen und zur Anmeldung sind ab sofort unter www.gew.de/maimeeting.html erhältlich. Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen! Anmeldeschluss ist der 28.02.2014

Kontakt für Nachfragen:
 Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand
 Reifenberger Straße 21
 60489 Frankfurt/Main
 Tel. 069/78973-209
 Fax: 069/78973-102
 E-Mail: nicole.lund@gew.de

www.gew.de/maimeeting.html



In idyllischer Umgebung gelegen: das ver.di-Bildungszentrum in Walsrode

Foto: Bildungszentrum ver.di Walsrode

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Kostenlose Beratungs-Hotline: 0800 1983 198

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert, z. B. Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten.

Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Wir beraten Sie individuell und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

STZ Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim
 Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie
 Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim

www.schmerzlinik.com

DIE GELDANLAGEN WERTZINS

NACHHALTIG. RENDITESTARK. GRÜN.

Informieren, zeichnen, profitieren!
 Bis zu 8,5% Zinsen p.a.

Jetzt Exposé anfordern!

Die Grüne Werte Energie GmbH projiziert, plant, realisiert und betreibt intelligente Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien. Profitieren auch Sie und investieren Sie in die nachhaltigen Geldanlagen WERTZINS.

MEHR ERFAHREN: www.gruenewerte.de/gew

„Ich glaubte, dass ich zu



Die Herbstakademie wurde unterstützt vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW.

// 7,5 Millionen Menschen in Deutschland sind „funktionale Analphabeten“. Sie können nur eingeschränkt lesen und schreiben. Was tun, um diesen Frauen und Männern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen? Damit beschäftigte sich die GEW-Herbstakademie in Weimar unter der Überschrift „Grundbildung fördert Beteiligung“. //

Er ging nicht zum Facharzt, weil er Angst hatte, dass er dort ein Formular ausfüllen müsste. Er konnte keinen Fahrkartenautomaten bedienen. Tim-Thilo Fellmer war funktionaler Analphabet, obwohl er den Hauptschulabschluss in der Tasche hatte. Über die Jahre wuchs der Leidensdruck. Doch erst im Alter von Mitte 20 ging er zur Volkshochschule (VHS) – und begann mühsam, lesen und schreiben zu lernen. „Vorher glaubte ich, dass ich zu dumm bin“, erzählt der 46-Jährige, der heute Kinder- und Jugendbücher schreibt und einen Verlag leitet. Fellmer war Gast in Weimar. Seine Biografie veranschaulicht das Thema und macht den Handlungsbedarf deutlich.

Was die GEW unter Grundbildung versteht, erläuterte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: „Es geht nicht allein um Arbeitsmarktfähigkeit“, so Tepe. „Wir wollen eine emanzipatorische Grundbildung, die auch der persönlichen Entfaltung sowie der politischen und kulturellen Teilhabe dient.“ *

Klischees widerlegt

Wie groß und vielschichtig die Gruppe funktionaler Analphabeten ist, erläuterte Klaus Buddeberg von der Universität Hamburg. Aus der „Level-One Studie“ (leo) von 2011 ergebe sich, dass bundesweit fünf Millionen Menschen zwar in der Lage sind, einzelne Sätze zu lesen

und zu schreiben: „Sie scheitern aber an einfachen Texten“, erklärte Buddeberg. Weiteren zwei Millionen gelinge es nicht, einfache Sätze zu verstehen oder aufzuschreiben. 300 000 Menschen könnten „einzelne Worte nicht erkennen“. Sie bewegen sich auf „Level-One“. Bei Letzteren handele es sich vor allem um Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. Weiteres Ergebnis der leo-Untersuchung: „Die Klischees vom Analphabeten – arm, allein lebend, häufig arbeitslos – sind widerlegt“, so der Hamburger Wissenschaftler. Die Mehrheit sei erwerbstätig. Allerdings, räumte der Forscher ein, arbeiteten die meisten häufig in befristeten Jobs mit geringem Verdienst, starken körperlichen Belastungen und wenig Chancen auf einen beruflichen Aufstieg. Buddeberg berichtete, dass lediglich 20 000 Betroffene pro Jahr einen der Grundbildungskurse besuchten, die vor allem von VHSen angeboten werden. Viele hätten „belastende Schulerfahrungen“, erläuterte der Experte die Gründe. „Die Scham unter den Analphabeten ist groß“, ergänzte Fellmer. Und nicht jeder

wisse über Weiterbildungsmöglichkeiten Bescheid.

Lässt sich das ändern? Zum Beispiel, indem Betriebe über entsprechende Angebote informieren? „Auf der Arbeit ist es schwierig, sich zu outen“, gab Andreas Klepp von der GEW Niedersachsen zu bedenken. Man riskiere, offenzulegen, dass sich der Job auch ohne Lesen und Schreiben ausüben lässt. Was den Vorgesetzten und die Firma in ein schlechtes Licht rücken könnte. Fellmer unterstrich, dass auch der Arbeitgeber profitieren könne. Er selbst habe als Kfz-Mechaniker gearbeitet und wegen mangelnder Schreibkenntnisse viele Arbeitsgänge nicht notiert. „Die konnten dem Kunden dann nicht in Rechnung gestellt werden.“

Um Betroffene zu erreichen, sei die Bundesagentur für Arbeit (BA) als Akteur gefragt, unterstrich Tepe. „Sie muss in ihren Maßnahmen und Projekten auch das notwendige Grundwissen vermitteln.“ SPD-Bildungsexperte Ernst Dieter Rossmann plädierte dafür, dass die BA Anreize schaffen sollte, damit mehr Menschen an Weiterbildungsmaßnah-



Definition – Grundbildung:

„Grundbildung bezeichnet die Mindestvoraussetzungen an Wissensbeständen, Kenntnissen, Fertigkeiten, personalen und sozialen Kompetenzen, die für Orientierung, aktives Handeln und Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind. Grundbildungsangebote haben zum Ziel, Menschen durch Lernen zu unterstützen, diese Mindestvoraussetzungen zu erwerben bzw. sie zu erhalten. Dies gilt insbesondere für bildungsbenachteiligte und sozial benachteiligte Menschen, die beim Einstieg in das Lernen besonders Unterstützung brauchen. Grundbildung ist vom inhaltlichen Umfang her kein feststehender Begriff, sondern unterliegt gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Voraussetzungen stetiger Veränderung unterliegen.“

Erfahrungsaustausch in der Arbeitsgruppe

dumm bin“

men teilnehmen. „Wir müssen über Prämien nachdenken“, schlug Rossmann vor. Wenn zum Beispiel 100 000 Frauen und Männer jeweils 500 Euro erhielten, kostete das die BA 50 Millionen Euro. Das wäre sinnvoll eingesetztes Geld, so der SPD-Bundestagsabgeordnete.

Infrastruktur aufbauen

Ansgar Klinger, beim GEW-Hauptvorstand für Weiterbildung verantwortlich, dachte in eine andere Richtung und forderte, eine Infrastruktur für Grundbildung inklusive aufsuchender Bildungsberatung an VHSen aufzubauen. Eine Infrastruktur allerdings, „die nicht mit prekärer Arbeit pädagogischer Fachkräfte verbunden ist“. Wer heute Grundbildungs- und Alphabetisierungskurse leite, habe in der Regel kein festes Arbeitsverhältnis und ein Honorar von lediglich 18 oder 19 Euro pro Unterrichtsstunde. Davon müsse, so Klinger, eine Lehrkraft auch noch Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge

komplett selbst bezahlen. Unterm Strich bleibe häufig nur ein Einkommen auf Hartz-IV-Niveau übrig. Dass die öffentliche Hand in ganz anderen Größenordnungen investieren muss, stellte auch Ulrich Aengenvoort vom Deutschen Volkshochschulverband klar. „Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen jährlich um 20 000 Menschen anwächst“, nannte Aengenvoort als Ziel. „Das kostet allerdings eine halbe Milliarde Euro.“ Sozialdemokrat Rossmann winkte ab: Die halbe Milliarde sei im Koalitionsvertrag von SPD und CDU „nicht abgebildet“. Eine zentrale Forderung in Weimar an die Politik: das Kooperationsverbot in der Bildung zwischen Bund und Ländern aufzuheben, damit die vom Bund geplante bundesweite Alphabetisierungsdekade auch gemeinsam finanziert werden kann. Wichtig sei zudem, betonten die Gewerkschafter, Betriebsräte für das Problem stärker zu sensibilisieren. GEWler Klepp fasste das noch weiter: „Wir brauchen eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die die geschlossenen Milieus der Betroffenen erreicht – und deren Lage verbessert.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Die UNESCO definiert Grundbildung so: „Minimalvoraussetzungen, die für Orientierung, akutes Handeln und Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind.“ (s. Foto)**

Weitere Infos:

- Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.: <http://www.alphabetisierung.de/>
- Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener: <http://www.bmbf.de/de/426.php>



Ferien in der Provence

Die Welt der alten Griechen und Römer, das Land des Lichtes und der Farben, der Düfte der Landschaft, der Wohlgerüche der Märkte. Unser schönes "Natur"-Grundstück liegt auf dem Kalkstein-Hochplateau von UZÈS, inmitten der Heidelandschaft - teilweise im Naturschutzgebiet - umgeben von Zypressen, Wacholderbäumen, Steineichen und Pinien.

Zahlreiche Sehenswürdigkeiten und Ausflugsziele liegen in der direkten Umgebung: Das Tal der Ardèche, Städte wie Orange, Avignon, Nîmes, Arles, Montpellier, der Lubéron, die Camargue, Le Crau du Roi und das Meer, die Cevennen u.v.a.m.

Das MAISON D'AMIS bietet jeweils eine Doppelhaushälfte für je 2 Personen. Es gibt dazu einen Pool und einen großen Garrigue-Garten mit Kfz-Stellplatz.

Sie können uns erreichen unter:
Tel. 0033 - 4 - 66 22 77 25
info@provence-ferien.info

www.provence-ferien.info

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • info@habichtswaldklinik.de



... wieder Atem schöpfen

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

Habichtswald-Klinik

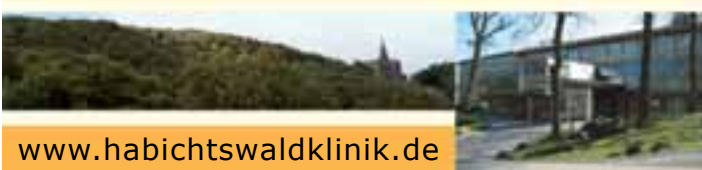
Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin, Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Psychotherapie, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach §30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“, die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon: 0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro: 0561 / 3108 -186, -622



www.habichtswaldklinik.de

Wenn Kinder in den Kitas H

// Kitas haben es immer häufiger mit Neonazis und ihrem Nachwuchs zu tun. Das sorgt vielerorts für Verunsicherung. Mehr Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sind nötig. //

Ein kleiner Junge weigert sich, in der Kita mit einem dunkelhäutigen Jungen an einem Tisch zu sitzen, beschimpft ihn: „Du gehörst hier nicht hin.“ Ein anderes Mal kritzelt ein Kindergartenkind Hakenkreuze aufs Papier – und weiß auch direkt, was es auf empörte Reaktionen antworten muss: „Das ist eine Rune, die darf ich zeichnen.“ Immer öfter müssen Erzieherinnen entsetzt feststellen, dass sie es mit Sprösslingen von Neonazis zu tun haben. Viele sind mit der Situation erst einmal überfordert, in der Ausbildung haben sie nicht gelernt, wie sie damit umgehen sollen.

Nicht immer plappern die Kinder die rechten Parolen ihrer Eltern nach und sind so auf den ersten Blick eindeutig zu

erkennen. Manchmal fallen sie gerade durch ihr Schweigen auf: Wenn die Kleinen zum Beispiel im Morgenkreis keinen Mucks vom Wochenende erzählen, kann das ein Warnsignal sein. „Die Kinder stehen vor einer unendlichen Zerreißprobe“, sagt die Journalistin Andrea Röpke, die seit Jahren über die rechte Szene recherchiert und als eine ihrer besten Kennerinnen gilt. „Es wird von ihnen erwartet, dass sie in der verhassten demokratischen Gesellschaft funktionieren. Sie sollen unauffällig sein.“ Dazu gehört, dass die Kinder darüber schweigen, was sie in ihrer Freizeit erleben: Im Kameradenkreis werden sie auf die nationalistische Gemeinschaft eingeschworen, die Multikulti und Emanzipation zu Feindbildern erklärt. Später wird von ihnen verlangt, dass sie mit diesen neonazistischen Ansichten losziehen und andere Jugendliche für die Szene anwerben.

„Das Problem der rechten Kindererziehung wurde lange völlig vernachlässigt“, kritisiert Röpke. Dabei ist das Thema

nicht zu unterschätzen: Den harten Kern der Neonazis in Deutschland schätzt die Expertin auf 30 000. Auch die Leiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus bei der Amadeu-Antonio-Stiftung*, Heike Radvan, betont: „Eine Sensibilisierung für das Thema ist notwendig.“ Früher hieß es, Rechtsextreme distanzieren sich von den braunen Kameraden, wenn sie eine Frau kennenlernen. Doch das gelte nicht mehr. Seit den 1990er-Jahren engagierten sich verstärkt Frauen in rechten Kreisen und spielten eine aktivere Rolle, berichtet Radvan. „Dadurch gibt es mehr Potenzial für Familiengründungen.“ Oft fänden die Paare innerhalb der braunen Szene zusammen. Auf Neonazi-Demonstrationen seien immer mehr Mütter zu beobachten, die ihre kleinen Kinder dabei hätten.

„Nationale Lebensaufgabe“

Rechte Frauen eifern dem traditionellen Mutterbild nach, bekommen in der Regel viele Kinder. „Sie suchen ihre



Erziehung als „nationale Lebensaufgabe“. Bis zu ihrem Verbot spielte die „Heimattreue Deutsche Jugend“ dabei eine wichtige Rolle: In Zeltlagern wurden die Kinder von rechten Kadern geschult.

Fotos: dpa

akenkreuze malen

Wertschätzung als deutsche Mutter“, sagt Röpke. Wenn sie einen Beruf ergreifen, dann einen sozialen oder pädagogischen, in dem sie als „Ersatzmutter“ auftreten können. In ihren Regalen stehen NS-Erziehungsratgeber, die Devise lautet: Kinder dürfen nicht „verzärtelt“, sondern müssen abgehärtet werden. Erziehung werde in rechtsextremen Kreisen als nationale Lebensaufgabe angesehen, die oft schon mit der Geburt beginne, berichtet die Autorin. Dabei spielte die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) – bis zu ihrem Verbot 2009 – eine wichtige Rolle: In Zeltlagern wurden die Kinder von rechten Kadern ideologisch geschult und militärisch gedrillt. Bilder zeigen Mädchen in langen Röcken und Jungen in Zunfthosen, die im Fackelschein strammstehen oder zum Fahnenappell antreten, über einem Zelt prangt die Aufschrift „Führerbunker“. Bei Durchsuchungen wurde NS-Propagandamaterial beschlagnahmt. Das Verbot hat dem braunen Spuk kein Ende gesetzt, darin sind sich Experten einig. „Das gibt es weiter“, meint Röpke. Allerdings spielten sich die Aktivitäten noch stärker im Verborgenen ab.

Angst vor Kontrollverlust

Bei der Erziehung ihres Nachwuchses fürchten Neonazis äußere Einflüsse. „Sie wollen die Kontrolle nicht verlieren“, weiß die Journalistin. Wenn sie schon keine eigenen Kitas und Schulen gründen könnten, wollten sie dort wenigstens den Ton angeben. So komme es gerade in ländlichen Kommunen zu erschreckenden Siedlungsbewegungen. Im Landkreis Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern hätten sich beispielsweise rechte Familien mit rund 60 Kindern niedergelassen. Diese Strategie gibt es Röpkes Angaben zufolge längst nicht nur auf dem Land in Ostdeutschland. Auch in Stadtteilen wie Dortmund-Dorstfeld mieteten sich mehrere Familien im selben Wohnblock ein. Gemeinsam schicken sie ihre Kinder in die Kita oder Grundschule. „Je länger man wegschaut, umso schneller hat man es mit

mehr Familien zu tun“, warnt die Expertin. Und zwar nicht nur mit den Kindern, sondern auch mit den Eltern. „Es ist wahnsinnig schwierig, darauf zu reagieren. Da braucht es Hilfe von außen.“

Rechte Elternbeiräte

Das sieht der Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (Arug) in Braunschweig, Reinhard Koch, genauso. In der rechten Szene gebe es die Strategie, sich in Kitas und Vereinen zu engagieren. Es würden Szenarien eingeübt, wie man beispielsweise am schnellsten zum Elternvertreter gewählt wird. Sind die Neonazis erst einmal Funktionsträger, können sie Vorschläge einbringen und das Meinungsbild beeinflussen. „Das verändert das Klima in einer Einrichtung recht schnell“, sagt der Arug-Leiter. In der Regel seien Erzieherinnen und Erzieher auf so etwas nicht vorbereitet. Wird der Elternvertreter als rechtsextrem geoutet, „wird es schwierig, die Reißleine zu ziehen“. Längst habe sich dann das Bild festgesetzt: Der kümmert sich. Dann heißt es, er habe ja keine Flugblätter verteilt, sondern nur seine Arbeit gemacht. „Es schließt sich relativ schnell die Glocke über die Einrichtung“, stellt der Experte fest.

In den Kitas herrscht große Verunsicherung. Denn es gibt keine juristische Handhabe, solange keine verbotenen Dinge passieren. Das zeigte sich auch am Beispiel Lüneburg: Dort wurde eine Frau mit engen Kontakten zur rechtsextremen Szene als Erzieherin angestellt. Die Stadt konnte das Arbeitsverhältnis nicht auflösen. Ein Arbeitsgericht entschied, dass die Frau in die Kita zurückkehren dürfe. Die Eltern waren fassungslos. Der Konflikt endete damit, dass sich beide Seiten auf einen Auflösungsvertrag einigten. Doch im Umgang mit rechtsextremen Eltern und deren Kindern hilft es den Kita-Fachkräften im Berufsalltag wenig, auf Recht und Gesetz zu pochen. „Man muss versuchen, die dahinterstehenden Ideologien zu erkennen. Das ist nicht einfach“, räumt Koch ein. Er empfiehlt, sich in solchen Fällen professionelle Hilfe zu holen. Doch häufig sorgten sich die

Einrichtungen um ihre Außenwirkung, wollten nicht als „braune Institution“ gebrandmarkt werden. Es müsse nicht bei jedem Thor-Steinar-Shirt ein Elternabend einberufen werden, sagt der Experte, doch sinnvoll sei ein Anruf bei einem Beratungsnetzwerk. Dabei kann geklärt werden, worauf die Erzieher achten müssen. Denn: „Wenn jemand regelmäßig mit so einem T-Shirt aufläuft und nichts passiert, gilt das als Provokationsgewinn für die Neonazi-Szene.“ Der Leiter der Arbeitsstelle rät, im Leitbild der Einrichtung positive Begriffe wie Empathie, Förderung von Vielfalt und Toleranz zu verankern. Damit würden diese Werte für verbindlich erklärt: „Das ersetzt juristische Grundlagen.“

Nach Ansicht von Heike Radvan von der Amadeu-Antonio-Stiftung braucht es viel mehr Forschung und Austausch zu dem Thema. „Es ist ein Bedarf da“, unterstreicht sie. Doch es fehlten strukturell etablierte Angebote für Pädagogen. Zudem müsse das Thema in der Ausbildung von Erzieherinnen, Sozialarbeitern und Lehrkräften eine Rolle spielen. Erst einmal müsse das Problem erkannt werden. Dann stelle sich die Frage nach dem richtigen Umgang. Für die Kita-Beschäftigten sei das eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance. „Kinder aus rechten Familien sind noch zu erreichen, sie verfügen über kein geschlossenes Weltbild“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin. Die Fachkräfte in den Kitas verbrächten viel Zeit mit den Jungen und Mädchen und könnten ihnen daher einen anderen Alltag vorleben: ein Miteinander, das nicht von Ausgrenzung geprägt ist. Ihr Job sei es, in den Einrichtungen humane Werte und Erfahrungen der Toleranz zu vermitteln – und damit die Tür für einen späteren Ausstieg aus der Szene zu öffnen. Denn: „Kinder sind erst einmal Kinder und keine Nazis.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

[*www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)



Freideutsche Jugend: Aufbruch in die Freiheit oder in die Massen-Gefolgschaft der Nazis?

Foto: dpa

Meißner Jugendtreffen 1913: Zwischen Krieg und Frieden

// Vor 100 Jahren brach der Erste Weltkrieg aus. 1913 – ein Jahr davor – warnte die „Freideutsche Jugend“ auf ihrem Gründungstreffen vor einem Waffengang. Der Konflikt zwischen „Wehrerziehung“ und Friedenswillen durchzog dann die Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Alles Vergangene? //

Im Oktober 1913 trafen sich einige Tausend junge Menschen aus Wandervogelgruppen und reformerischen studentischen Vereinigungen auf dem Meißner im nordhessischen Mittelgebirge; „freideutsch“ wollten sie sein, „aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung“ ihr Leben gestalten. Das Treffen

war als Alternative gedacht zu den hurrapatriotischen Feiern gleichen Datums am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, das mit kaiserlichem Pomp eingeweiht wurde, zur Erinnerung an den „deutschen Sieg“ 1813. Mit dem „Freideutschen Jugendtag“ trat erstmals die bürgerliche deutsche Jugendbewegung in die Öffentlichkeit. Nicht mit einem gesellschaftspolitischen Programm, sondern mit dem Anspruch auf Autonomie der Jugend, auf einen selbstbestimmten sozialen Raum für die nachwachsende Generation. Offen blieb, wohin die Wege aus dem „Jugendland“ führen würden. Auf die jugendkulturelle, pädagogische und politische Entwicklung in der deutschen Gesellschaft haben die Jugendbewegten bis in die Jahre nach

dem Untergang der Nazi-Diktatur hinein gewichtigen Einfluss genommen, in zwiespältiger Weise.

In Zerrspiegel geraten

„Rassenwahn am Lagerfeuer“ – mit diesem Titel wird in „Spiegel Geschichte“ (Heft 3/2013) das Meißner-Treffen 1913 charakterisiert, zugleich als „Ringelpiez“, bei dem „junge Menschen in trachtenähnlicher Kleidung um eine Art Maibaum hopsten“. Da ist Geschichte in einen Zerrspiegel geraten. Outfit und Gruppenstil der Wandervogeljugend damals mögen heute als skurril erscheinen; unter den Bedingungen der „Untertan“-Sozialisation in wilhelminischen Zeiten hatten sie etwas Befreiendes. Die Fahrten der jugendlichen

„Horden“ am Wochenende und in den Ferien, die „Heimabende“ im „Wandervogelnest“ und Gesänge oder Gespräche am Lagerfeuer boten eine Chance, zeitweilig dem Zugriff von Elternhaus, Schule und staatlicher Jugendpflege zu entgehen und so etwas wie eine jugendliche Subkultur zu entwickeln, die „Blaue Blume“* suchend. Und im „freideutschen“ Milieu dann fanden Heranwachsende die Möglichkeit, sich eigenwillig gedanklich auszutauschen, abseits der vorherrschenden Diskurse. Kein Wunder, dass dieses Treiben bei obrigkeitstaatlichen Pädagogen Entsetzen hervorrief und der bayerische Kultusminister ankündigte, er werde das „freideutsche“ Jugendübel „im Keim ersticken“.

Zutreffend ist allerdings: Schon beim Meißner-Fest 1913 gab es auch rassistische und antisemitische Stimmen, sie kamen vor allem von älteren Ideologen, die sich der jungen Bewegung andienten und diese für eine „völkische“ Version von Lebensreform gewinnen wollten.

„Dunkle Seiten“

Christian Niemeyer hat jetzt in seinem Buch über „Dunkle Seiten der Jugendbe-

wegung“ dieses profaschistische Gedankengemisch im Detail beschrieben. Beim „Freideutschen Jugendtag“ trat als Festredner der Reformpädagoge Gustav Wyneken den deutsch-chauvinistischen Anwendungen entgegen. Er warb für Völkerverständigung, Friedensgesinnung. Es gibt keinen Grund, Wyneken nur ein Loblied zu singen; seine pädophile Auffassung von „Jugend und Eros“ ist auch schon damals von Zeitgenossen als fragwürdig erkannt worden (E&W berichtete). Dennoch – seine Warnung vor kriegerischer „Phrasenuniformierung“ der Jugendgeneration war klarsichtig. Ein Jahr später wütete in Europa der Erste Weltkrieg. Danach war auch in der deutschen Jugendbewegung alles anders als in den Vorkriegszeiten.

Schon vor 1914 war es auch in der Arbeiterjugend unruhig geworden, in den Jugendvereinen der Sozialdemokratie kam die Forderung nach mehr Selbstständigkeit gegenüber der Partei auf. Während des Ersten Weltkrieges sagten sich Gruppen proletarischer Jugendlicher von der „Burgfrieden“-Politik des Parteivorstandes los, ihr Weg ging zur USPD und später in die kommunistische Richtung. Die

sozialdemokratischen Jugendvereine bekannten sich mit ihrem Jugendtag 1920 in Weimar zur Jugendbewegung.

Ganz allgemein übernahmen nun die Jugendverbände, von den kirchlichen bis zur Turnerjugend, den Gruppenstil und die Symbolik, wie sie im Milieu der Wandervogelbünde entstanden waren. Selbst in den öffentlichen Schulbetrieb fand die jugendbewegte Erlebnispädagogik Eingang. „Klassenfahrten“ in „Jugendherbergen“ haben hier ihren Ursprung. Der Mythos von einer „Sendung der jungen Generation“ breitete sich in der Weimarer Republik aus. „Gesellschaftliche Regeneration“ erhoffte man sich von jugendlicher Dynamik.

Ganz links – ganz rechts

In der bürgerlichen Jugendbewegung schieden sich nach 1918 politisch die Geister: Die Meißnerfahrer gingen Wege in gegensätzliche Richtungen, manche nach ganz links, andere nach ganz rechts, und die jeweilige Deutung des „Kriegserlebnisses“ war dabei entscheidend: hier Antimilitarismus, dort „soldatische Ideale“.

Für einige Jahre noch hatte die jugendbewegte, lebensreformerische

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamendarlehen-center.de
 Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800-77 88 000

Vermittelt: Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail jaeckel@beamendarlehen-center.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de
 oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013
4,50% effektiver Jahreszins*
 Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 ES-11 Planken
 68150 Mannheim
 Fax: (0621) 178150-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

und pazifistische Zeitschrift „Junge Menschen“ unter ihrem Herausgeber Walter Hammer erheblichen Einfluss auch im bürgerlichen Milieu. Dann wandte sich die Mehrheit der „bündischen Jugend“, wie sie sich nun nannte, einem „nationalen Heroismus“ zu, dem männerbündischen Leitbild „Führer und Gefolgschaft“, den Ideen einer „konservativen Revolution“. Literarisch löste hier Ernst Jünger Autoren wie Hermann Hesse oder Leonhard Frank ab. In der Gruppenpraxis trat immer mehr das disziplinierte Jugendlager an die Stelle der vagantenhaften Wanderfahrt. Die meisten bürgerlichen Jugendbünde hielten sich der NSDAP fern, aber es breiteten sich in ihnen Weltanschauungen und Mentalitäten aus, die dem Nationalsozialismus Zubringerdienste leisteten. Bürgerliche Bünde waren maßgeblich beteiligt daran, die wehrerzieherische Legende vom „Opfertod der Jugend in der Schlacht bei Langemarck“ unters Volk zu bringen. Arndt Weinrich hat

mit seiner Studie „Der Weltkrieg als Erzieher“ diese Mythologie nachgezeichnet.

Als die Nationalsozialisten Massen-Gefolgschaft suchten und auch gewannen, boten sich für sie auf diesem ideologischen Terrain verlockende Anschlussmöglichkeiten. Mit Erfolg präsentierte sich die NSDAP als „Partei der jungen Generation“, die versprach, dem „verkalkten Weimarer System“ den Garaus zu machen. Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers 1933 machte sich die NS-Führung daran, die Parole „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ umzusetzen. Die Hitler-Jugend (HJ) stellte sich zunächst als Jugendbewegung dar, übernahm Formen und Symbole der Bündischen Jugend und bekam so in den ersten Jahren des Dritten Reiches erheblich großen freiwilligen Zulauf. Zudem gliederten sich ihr viele bürgerliche Jugendorganisationen ein. Der NS-Staat zerschlug 1933 die linke oder

antimilitaristische Szene, die Arbeiterbewegung wurde unterdrückt. Aber auch bürgerliche, zum „nationalen Führerstaat“ durchaus sich bekennende Konkurrenz der außerschulischen Jugendernziehung duldet die HJ nicht. Lediglich die katholischen Jugendverbände konnten noch einige Jahre, wenn auch bereits drangsaliert und bedroht, unter dem Schutz des Reichskonkordats existieren. „Schluss mit der Jugendbewegung“ hieß ab 1936 die Devise des Nazi-Regimes. Seine HJ wurde umgeformt in eine völlig reglementierte und hierarchische Organisation mit Zwangsmitgliedschaft. Ab 1939 bestand eine Jugenddienstpflicht, die Jugendideale vom Meißner 1913 galten der nationalsozialistischen Obrigkeit fortan als „Verirrungen“. Während der NS-Herrschaft zeigte sich, dass in Erinnerung an die Jugendbewegung aus der Zeit vor 1933 ein antiau-

toritärer Impuls steckte: Der Anspruch auf Autonomie jugendlicher Gruppen und Szenen vertrug sich nicht mit dem erzieherischen Machtwillen des faschistischen Staates. Illegale jugendbewegte Aktivitäten bildeten sich heraus. Der Staat verfolgte „bündische Umtriebe“ als „zersetzend“ und „staatsgefährdend“. In einigen Regionen breiteten sich „wilde“ Jugendgruppen aus, die an den Umgangsstil der einstigen freien Jugendbewegung anknüpften. Die HJ sah darin ein massives Risiko für sich.

Nachkriegs-Ära

Nach dem Ende des Dritten Reiches gab es einige Jahre Versuche, die Jugendbewegung von vor 1933 wiederzubeleben. Der Historiker und Politiker Ulrich Noack schlug sogar vor, auf dem nordhessischen Meißner eine neue Hauptstadt für das Vier-Zonen-Deutschland zu errichten, „im Geiste der freideutschen Jugendbewegung“. Aber solche Projekte passten nicht mehr in die politische Landschaft der Nachkriegs-Ära. Jugendkulturell zeichneten sich bereits ganz andere Orientierungen ab. Die Dynamik in den Jugendgenerationen der Gegenwart, soweit sie auftritt, hat andere Ursachen und Motive als in den Zeiten des Wandervogels, der Freideutschen, der Arbeiterjugendbewegung oder der Bündischen. Die Geschichte der Jugendbewegung vom Meißner 1913 ist abgeschlossen. Sie kritisch dennoch in Erinnerung zu bringen, macht Sinn – wegen ihrer Zwiespältigkeit, die Aktualität hat.

Arno Klönne,
Soziologe und Politikwissenschaftler

Literaturhinweis:

Arno Klönne: „Es begann 1913. Jugendbewegung in der deutschen Geschichte“. Bezug über: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Ebenso liegt vom Autor eine Neuauflage des Buches „Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner“ im PapyRossa Verlag Köln vor.
***Blaue Blume: zentrales Symbol der Romantik, steht ursprünglich für das metaphysische Streben nach dem Unendlichen. Später wurde sie ein Symbol der Wanderschaft.**



Die Jugendideale vom Meißner 1913 galten der nationalsozialistischen Obrigkeit als „Verirrungen“.

Foto: dpa

Es rumort im Hause Goethe

// Das weltweit renommierte Goethe-Institut setzt in seinen Sprachkursen überwiegend Honorarlehrkräfte ein, die bei gleicher Qualifikation zu deutlich schlechteren Bedingungen arbeiten als festangestellte Lehrkräfte. Dagegen wehren sich die Freien mit Unterstützung der GEW. //

Keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Arbeitslosengeld, keine Beteiligung des Arbeitgebers an den Sozialversicherungsbeiträgen, unsichere Berufsperspektiven und ein Nettoeinkommen weit unter dem Niveau einer akademisch ausgebildeten Fachkraft. So kann man die Situation von Honorarlehrkräften im Weiterbildungsbereich zusammenfassen. Das Goethe-Institut stellt hier keine Ausnahme dar. Fast 80 Prozent der Unterrichtsstunden in den Sprachkursen des Goethe-Instituts werden von Honorarlehrkräften geleitet. Die haben in der Regel eine akademische Ausbildung mit einer Zusatzqualifikation für Deutsch als Fremdsprache und arbeiten seit vielen Jahren durchgängig und nahezu ausschließlich für die renommierte Kultureinrichtung. Ihre Verträge umfassen jeweils nur die Dauer des nächsten Kurses (i. d. R. vier Wochen), darüber hinaus haben sie keinerlei Sicherheit. Dafür erhalten sie ein Honorar, mit dem sie als Vollzeitlehrkraft unter Berücksichtigung üblicher Sozialversicherungsbeiträge und Urlaubszeiten über ein Nettoeinkommen von zirka 1200 bis 1500 Euro verfügen.

Weitgehend ausgeschlossen

Weil sie formal als Selbstständige gelten, sind Honorarlehrkräfte von der betrieblichen Interessenvertretung weitgehend ausgeschlossen und für Gewerkschaften schwer zu erreichen. Doch jetzt haben sich viele Honorarlehrkräfte am Goethe-Institut in der GEW organisiert, eine eigene Verhandlungskommission gebildet. Sie wollen Verhandlungen über ihre Honorare und eine bessere soziale Absicherung.

Solidarität erfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts von den anderen Beschäftigtengruppen. Denn alle merken, dass ihre Arbeit darunter leidet, dass sich prekäre Beschäftigung ausweitet: Arbeitsverdichtung, steigender Druck, häufig wechselnde Kolleginnen und Kollegen. Gemeinsam verlangen sie, Befristungen, Leiharbeit und den Einsatz von Praktikantinnen und Praktikanten anstelle regulärer Beschäftigung einzudämmen. Doch der Vorstand des Goethe-Instituts verweigert bislang jedes Gespräch.

Seit Juli ruft die GEW daher zu Aktionen auf. Viele Beschäftigte an mehreren Goethe-Instituten sind dem Aufruf gefolgt und haben ihren Unmut kreativ auf die Straße getragen, beispielsweise mit öffentlichen Performances, einem Stummfilm oder einem Goethe-Rap-Song auf Video.

Lack zeigt Kratzer

Im November vergangenen Jahres fand eine Protestaktion vor der Zentrale in München statt. Dort trafen sich namhafte



Foto: GEW, Oliver Brüchert

Bunt und kreativ ging es zu bei den Protesten an den Goethe-Instituten im ganzen Land. Mit Parolen wie „Fair statt prekär!“ oder „Gleiche Arbeit, gleiche Rechte!“ drückten die Beschäftigten ihren Unmut über ihre Lage aus.

Personen des öffentlichen Lebens zur Mitgliederversammlung des Goethe-Institut e. V. Einige von ihnen zeigten sich erstaunt, als sie von den Protestierenden über deren prekäre Beschäftigungsbedingungen informiert wurden.

Das Goethe-Institut lebt von seinem guten Ruf, aber der Lack zeigt deutliche Kratzer. Die Honorarlehrkräfte tragen durch ihr Engagement und ihre qualifizierte Arbeit entscheidend zum guten Ruf der Kultureinrichtung bei, übernehmen aber alleine das Risiko, im Falle rückläufiger Teilnehmerzahlen plötzlich kein Einkommen zu haben. In den Medien tauchten bereits erste Berichte über die soziale Lage der Honorarlehrkräfte auf. Die Süddeutsche Zeitung etwa titelte „Magerkost beim Dichterfürsten“ (16. November 2013).

Die GEW hat angekündigt, die Proteste so lange fortzusetzen, bis das Goethe-Institut als Arbeitgeber seine soziale Verantwortung gegenüber den Honorarlehrkräften ernst nimmt und sich zu Tarifverhandlungen auf Augenhöhe bereit erklärt.

Oliver Brüchert,
Tarifreferent beim Hauptvorstand der GEW

Berichte zu den einzelnen Protestaktionen, Videos und weitere Hintergrundinformationen gibt es auf den Internetseiten der GEW: http://www.gew.de/Tarifarbeit_Goethe-Institut.html



Die Verwüstungen der Vergangenheit und der Gegenwart deutlich machen: Das schafft die Initiative „Gesicht Zeigen!“

Fotos: imago

„Gesicht Zeigen!“

// Mit einem Bericht über die Berliner Initiative „Gesicht Zeigen!“ erinnert E&W an den 27. Januar 1945, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Er ist seit 1996 auch der deutsche Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. „Gesicht Zeigen!“ ist ein Projekt, das für Respekt und Toleranz wirbt – und das eine Brücke von damals zu heute schlägt, um die Kontinuität von ausgrenzendem und diskriminierendem Gedankengut in Deutschland zu zeigen. //

Dominik hat sich auf der Parkbank langgestreckt. Hier gehört er hin, „blond“ steht auf der schwarzen Tafel am Bankrücken. „Ey, cool, ich hab den ganzen Platz, ich bin der Chef.“ Denn außer Dominik darf hier niemand sitzen, keiner seiner Klassenkameraden ist blond. Colga und Sina nehmen bei „brünett“ Platz, die meisten anderen Siebtklässler drängeln sich auf der Bank „schwarzhaarig“. Nabila, Ayse und einige Klassenkameradinnen müssen stehenbleiben. „Mensch, wieso gibt es keine Kopftuch-Bank?“

Workshop-Leiter Guy Band nickt und reicht Nabila und Ayse Kreide. „Jetzt seid

ihr dran.“ Fünf Minuten später laufen alle durcheinander. Die „Kopftuch“-Bank quillt über, zwei Jungs mit Kapuze haben sich dazu gesetzt. Denn wer will schon auf der „hässlich“- oder „schwach“-Bank sitzen? Natürlich lieber auf der mit dem Etikett „groß“ oder „VIP“ oder „stark“ oder „schön“. Was aber tun, wenn die Beschreibung partout nicht passen will? Schnell ersetzt Nabila „hässlich“ durch „jedermann“. „Hässlich war zu gemein.“ Aber auch bei „jedermann“ möchte keiner Platz nehmen. Peinlich irgendwie, „so nichtssagend“, findet das Murat. Trainer Guy klatscht in die Hände. „Und, wie fühlt ihr euch?“ Laila: „Doof, ich zähle hier ja gar nicht als Mensch.“

Ungewöhnlicher Lernort

Mittwochmorgen, Berlin Tiergarten. In den hellen Räumen von „7x jung“ diskutieren die Siebtklässler der Kreuzberger Hermann-Hesse-Schule über Ausgrenzung und Diskriminierung in der NS-Zeit und heute. „7x jung“ ist ein ungewöhnlicher Lernort. „Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“ nennen ihn die Macher des Vereins „Gesicht Zeigen!“. Seit 13 Jahren kämpft die Initiative mit pädagogischen Aktionstagen, Plakataktionen, Veranstaltungen und einem Blog gegen Intoleranz, Antisemitismus und Rechtsradikalismus. „Wir wollen Schüler

zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Themen anregen“, sagt Geschäftsführerin Rebecca Weis. Doch wie bringt man einem Jugendlichen aus dem Jahr 2013 die Gefahren der Diktatur von 1933 näher, wenn bald die letzten Zeitzeugen sterben? Wie lassen sich Jugendliche berühren, zum Nachdenken anregen, auch jene, die dazu erst mal gar keine Lust haben? Schülerinnen und Schülern abstrakt von den Schrecken der Vergangenheit zu erzählen oder sie mit Plakataktionen kurzfristig aufzurütteln, reicht nicht.

Auf der Suche nach neuen Ansätzen haben sich die Initiatoren von „Gesicht Zeigen!“ weltweit umgeschaut, von Israel bis Südafrika. Ergebnis ist der Lernort „7x jung“, der seit seinem Start 2010 schnell zum Herzstück von „Gesicht Zeigen!“ wurde. Sieben Themenräume hat eine Künstlerin mit Pädagogen inszeniert. Kleine, dramaturgisch verdichtete Modellwelten, voller Details aus dem Alltag heutiger Jugendlicher, doch immer mit Bezug zu den 1930er-Jahren. Der Ansatz: die Schülerinnen und Schüler bei ihren Alltagserfahrungen packen, konkrete Gesprächsanlässe schaffen. Lebensnah, unerwartet, handlungsorientiert und auf Augenhöhe. Wie im Ausstellungsraum „Meine Stadt“, in dem die Kreuzberger Kids

heute Vormittag um Plätze auf den vier Parkbänken rangeln.

Das Spiel ist vorbei. Die Gruppe sitzt im Stuhlkreis beisammen. „Was hat euch gerade gestört?“ fragt Workshop-Chef Guy Band. „Ich hatte das Gefühl, wir sind nicht richtig“, sagt Murat. „Wir wurden einfach in eine Kategorie gestopft“, findet Laila. „Und aufs Äußere reduziert“, empört sich Ayse. „Ich habe mich ausgeschlossen gefühlt“, meint Nabila. „Das war wie bei Hitler“, sagt Dominik. „Warum habt ihr dann mitgemacht?“, fragt Trainer Guy. Langsam beginnt eine fast stürmische Diskussion über Autorität und Gruppenbildung, Zugehörigkeit und Wahlfreiheit, Identität und Wahrnehmung, Knoblauchesser versus Kartoffelfresser, Muslim versus Christ, Türke versus Deutscher, und manchmal alles durcheinander. Yuk nervt es, für einen Türken gehalten zu werden, obwohl er aus dem Libanon kommt. Yasik gilt oft als Deutscher, dabei ist er Kurde. Schnell wird klar: Identität ändert sich mit der Situation. Nabila: „Rassismus ist, wenn man nicht mehr genau hinguckt, sondern andere sofort in eine Schublade steckt.“

„Gedankenspiele“

Neben „Meine Stadt“ gibt es sechs weitere Themenräume. Da ist zum Beispiel „Mein Zimmer“, die Szene: eine Jugendbude mit Ikea-Tischchen, Fußball, Starbildern und doch zerfleddert bis zur Unkenntlichkeit. Die Matratze aufgeschlitzt, der Stuhl zerschlagen, übersät mit Federn. Soll zeigen: „Die SA war da.“ „Manche Kinder sagen, sie hätten damals die Polizei gerufen – bis sie begreifen, dass die Polizei in der Nazi-Schreckensherrschaft Urheber der Verwüstung war“, erzählt Geschäftsführerin Weis. Da ist „Mein Sport“, mit Bildern tausender Hitlerjungen, die Liegestütze machen. Warum sind keine Mädchen dabei? Was heißt Konformität? Fragen an die Schüler. Oder „Mein Laden“, eine Nachbildung der alten jüdischen Konditorei Hansa am Ende der Straße. Eines Tages hängt ein Schild an der Tür: „Jude. Einkaufen verboten.“ Im „Gedankenspiel“ schlüpfen die Schüler in unterschiedliche Rollen, um herauszufinden: Was würde ich tun, wenn der Besitzer mein Onkel wäre?

Es sind nicht nur die wohldurchdachten Spiele, die „7xjung“ zu einer überraschenden Entdeckungsreise machen, sondern auch die kleinen Exponate am Rande, die Überraschendes zeigen: die Seife in der Vitrine. Für Juden ab 1941 verboten. Das Telefon daneben, ab 1940 nicht erlaubt. Weis: „Kinder der Handygeneration können das nicht fassen.“ Natürlich sind es auch die Zeitzeugen, die in Videos oder aus zitierten Textpassagen von ihrem Alltag im Nationalsozialismus berichten. Sie erzählen von der Freundin, die sie verriet. Von dem Lehrer, der sich über das Schwimmverbot für Juden hinwegsetzte oder von der Empörung, als Hitler ihre Musik verbot, den Swing. Auch von der SA, die ihre Wohnung zerstörte und den Vater mitnahm.

Mutiger Widerstand

Wie bei Gertrud Koch. Es ist die Geschichte des Mädchens aus einer kommunistischen Familie in Köln, die Traineein Sophia Schmitz erzählt. Eines Tages knallen schwere Stiefel über den Flur, Holz splittert, die Tür zerbricht. „Hausdurchsuchung“, „Waffen rausrücken“, brüllen die Männer in Uniform, obwohl sie wissen, dass es hier keine gibt. Sie schlitzen Sofa und Sessel auf, nehmen den Vater mit, ab ins KZ. Gertrud Koch organisiert Widerstand, verteilt mit Freunden Flugblätter gegen Hitler, wird inhaftiert, gefoltert, kann als Einzige fliehen. Später wird sie zufällig Zeugin, wie ihre Freunde aus der Widerstandsgruppe auf dem Kölner Marktplatz gehängt werden. Jahrzehntlang hat Gertrud Koch über diese Erlebnisse geschwiegen. „Und dieses Mädchen gab es wirklich?“, fragt Sina. „So einen mutigen Widerstand hätte ich mich nie getraut.“ „Wozu auch ein Risiko eingehen? Die Leute wussten doch, dass die Nazis böse sind“, entgegnet ein Klassenkamerad. Plötzlich entwickelt sich eine hitzige Debatte über Widerstand und Schuld, Mut und den Einfluss jedes Einzelnen auf Dinge, die um ihn herum geschehen. Es sind Momente wie diese, in denen Trainerin Schmitz weiß: „Bei den Jugendlichen ist etwas in Bewegung gekommen.“ 7000 Schülerinnen und Schüler haben „7xjung“ seit 2010 besucht. Der Verein baut seine Programme weiter aus. 2013 hat er sich mit acht Berliner Bildungs-

einrichtungen vom Anne-Frank-Haus bis zur Gedenkstätte Stille Helden vernetzt und gemeinsame Workshops zu NS-Zeit und Demokratieverständnis erprobt. Seit Ende 2013 wird die provokative Berliner Plakat-Kampagne „Gesicht Zeigen!“, in der Prominente für mehr Respekt gegenüber Minderheiten werben, auf die ganze Republik ausgeweitet.

„Leider ist die Finanzierung derzeit enorm unsicher“, sagt Geschäftsführerin Weis. Bis zum Regierungswechsel waren die Fördertöpfe eingefroren, zwei Mitarbeiter mussten bereits entlassen werden. Die hochgelobte Workshop-Reihe „Meine Freiheit ist auch deine Freiheit“ über Migrationsgesellschaft und Islamfeindlichkeit liegt auf Eis. Weis: „Dabei ist die Nachfrage der Lehrkräfte unglaublich groß.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

***Namen aller Schüler geändert**
www.gesichtzeigen.de

„Gesicht Zeigen!“

Das Projekt „Gesicht Zeigen!“ wurde von dem Journalisten und Autor Uwe-Karsten Heye im Jahr 2000, dem 2006 verstorbenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sowie dem Fernsehmoderator und Anwalt Michel Friedman gegründet. Anlass waren die zahlreichen rassistisch motivierten Übergriffe im Bundesgebiet im Sommer 2000. Mit ungewöhnlichen Aktionen, Programmen und Ausstellungen ermutigt „Gesicht Zeigen!“ Menschen, gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus aktiv zu werden. Der Verein engagiert sich besonders in der Prävention von Diskriminierung und Rechtsradikalismus an den Schulen und bietet Workshops für Klassen an. Die Arbeit wird mit Fördergeldern und Spenden finanziert. Derzeit hat der Verein 13 fest angestellte Mitarbeiter.

Kontakt: www.gesichtzeigen.de

Geschichten, die Kin

// Das Theaterstück „Trau dich“ der deutsch-schweizerischen Theatergruppe „Kompanie Kopfstand“* klärt über sexuellen Missbrauch von Kindern auf. Bundesländer können sich bewerben und das Theaterstück an die Schulen holen. Workshops für Eltern und Lehrkräfte werden im Vorfeld angeboten. //

Alina findet Dennis toll: Der Freund ihrer großen Schwester juxt mit ihr und nimmt sie ernst, als sei sie schon erwachsen und nicht erst zehn Jahre alt. Aber dann sind sie in seinem Auto al-

lein, und auf einmal fasst Dennis Alina an. Charlotte Baumgart und Johannes Birlinger spielen diese Situation nicht, sie stehen auf der Bühne im Stadttheater Elmshorn in Schleswig-Holstein schräg hintereinander und sprechen abwechselnd die Sätze der Geschichte. Obwohl die Szene damit so abstrakt wie möglich ist, wird es im Theaterrund still. Die 250 Mädchen und Jungen, die an diesem Vormittag die Aufführung von „Trau dich“ anschauen, begreifen sehr gut, wie ernst das ist, was da auf der Bühne passiert. Vier Schauspieler, vier Geschichten, die in kurzen Szenen abschnittsweise erzählt werden, Musik,

Videoeinblendungen und immer wieder die Chance für das Publikum, selbst mitzumachen: Mit diesem Konzept tourt die deutsch-schweizerische Theatergruppe „Kompanie Kopfstand“ seit April vergangenen Jahres durch Deutschland. „Trau dich“ warnt nicht plump vor Gefahren des sexuellen Missbrauchs, sondern will Kinder dazu bringen, über „Gefühle, Grenzen und Vertrauen“ – so der Untertitel – nachzudenken. Finanziell gefördert wird die Theater-Tournee vom Bundesfamilienministerium und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Sie bietet Aufführungen des Stückes in allen Bundes-

Über sexuellen Missbrauch kann auf verschiedene Weise aufgeklärt werden: Die Theatergruppe „Kompanie Kopfstand“ will Kinder dazu bringen, über „Gefühle, Grenzen und Vertrauen“ nachzudenken.



der stark machen

ländern an. Die allerdings müssen sich darum bewerben. Im Anschluss an den Tourstart in Schleswig-Holstein geht die Kompanie nach Sachsen. Für das neue Jahr sind noch Termine offen. Die Finanzierung ist bis Ende 2014 gesichert. Ob es danach weitergeht, hängt davon ab, wie sehr das Stück nachgefragt wird.

„Als wir erfahren haben, dass wir das Projekt zu uns holen können, haben wir gleich zugeschlagen“, sagt Dirk Janssen, Schulrat des Kreises Pinneberg. Das Interesse der Schulen sei groß gewesen, es hätten deutlich mehr Aufführungen stattfinden können. Bettina Brünner von der BZgA lobt: „Der Kreis ist hervorragend aufgestellt, die Integration in bestehende Strukturen klappt bestens.“ Denn das Theaterstück steht zwar im Mittelpunkt der Aufklärungskampagne der Bundeszentrale, ist aber nur ein Teil des Ganzen. Zur Vorbereitung finden in den Schulen Workshops für Lehrkräfte und Eltern statt, nach dem Theaterbesuch besprechen die Klassen, was sie gesehen haben und was sie mitnehmen. So findet Jonas (Kindernamen geändert) es gut, dass Alina sich Hilfe geholt hat. Und Lea schüttelt sich beim Gedanken an die Geschichte von Wladimir und seiner Oma, die ihn immer so schlapperig abknutschts.

„Das ist Kinderwelt“

„Das ist Kinderwelt, das können alle nachvollziehen“, sagt Claudia Isidro. Die Leiterin der Grundschule Kölln-Reisiek besuchte mit Zweit- und Drittklässlern das Stück. Das Thema Sexualität ist für die Kinder nicht neu, Sexualkunde steht auf dem Lehrplan. Aber an dem Stück sei beeindruckend gewesen, dass auch andere Fragen angesprochen wurden, die für Kinder zentral sind: Darf ich ein Geheimnis meines besten Freundes verraten, auch wenn es ein schlechtes Geheimnis ist? Bin ich normal, wenn ich nicht küssen mag, auch wenn alle anderen es machen? „Es ist ganz wichtig, dass Kinder sich mit diesen Fragen beschäftigen“, sagt Isidro. „Das macht sie



Schulleiterin Claudia Isidro: Das Stück spricht Fragen an, die für Kinder zentral sind.

stark, es ist eine echte Hilfe beim Großwerden.“

Gerade angesichts der hohen Fallzahlen und Dunkelziffern im Bereich des Missbrauchs sei es notwendig, sich in der Schule mit dem Thema zu beschäftigen: „Auch für Lehrkräfte sind das heikle Fragen“, weiß Isidro. „Bei einem Verdacht sollte die Schule wissen, wohin man sich um Rat wenden kann. Man muss so etwas abgeben können.“

Im schleswig-holsteinischen Kreis Pinneberg arbeitet die Beratungsstelle „Wendepunkt“ seit Jahren mit Missbrauchsoffern. Im Vorfeld der „Trau dich“-Aufführung leitete Wendepunkt-Mitarbeiter Dirk Jacobsen die Workshops für Eltern und Lehrkräfte. Während die Seminare in den Schulen gut angenommen wurden, kamen nur rund 60 Mütter und Väter zum Elternabend. „Wir waren damit angesichts des schwierigen Themas recht zufrieden“, sagt Jacobsen. „Aber natürlich hätten wir uns gewünscht, dass mehr Erwachsene sich beteiligen.“ Auch an Schulen sieht er Nachholbedarf: Längst nicht alle hätten sich bisher systematisch mit Missbrauch beschäftigt. So ging es in den Workshops um zwei Schwerpunk-

te: Einerseits um die Prävention, andererseits um Hinweise auf Signale und Verhaltensweisen, an denen mögliche Opfer zu erkennen sein könnten.

„Schule ist ein Ort, an dem viel für die Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs getan werden kann, sie kann diese Aufgabe aber nicht allein bewältigen“, sagte Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) beim Start der Theater-Tournee. Die Initiative „Trau dich“ helfe Eltern und Lehrkräften, eine höhere Handlungssicherheit im Umgang mit grenzverletzenden Situationen zu erreichen. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA, erklärt: „Präventionsmaßnahmen müssen sich auch an die Erwachsenen richten, denn sie sind für den Schutz der Kinder verantwortlich.“

Für die Schauspielerin und künstlerische Leiterin der „Kompanie Kopfstand“, Charlotte Baumgart, könnten die Aufführungen noch lange weitergehen. Die Jugend-Theatergruppe hatte das Stück im vergangenen Jahr über mehrere Monate entwickelt und dabei viele Kinder befragt. Fachleute aus der Arbeit mit Missbrauchsoffern halfen bei der endgültigen Gestaltung. Ziel war, die Konflikte und auch die Gewalt deutlich zu machen, aber dennoch Lösungen anzubieten: Jede der Geschichten geht gut aus, und das Publikum hilft den Protagonisten auf der Bühne, den richtigen Weg zu finden. So schreiben alle gemeinsam einen Brief an die Oma mit den feuchten Küssen. „Wir hätten uns das Thema Missbrauch nicht unbedingt ausgesucht“, gibt Baumgart zu. „Aber bei den Aufführungen merken wir, wie sehr die Kinder mitgehen. Es macht Spaß, an etwas mitzuarbeiten, das so sinnstiftend ist.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

www.trau-dich.de und
www.multiplikatoren.trau-dich.de

Licht im Siegel-Dschungel – Orientierung für Konsumenten



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit.

// Auf immer mehr Schokoladen finden Verbraucher Fair-Trade- und Nachhaltigkeitssiegel. Doch nur ein paar Soziallabel halten, was sie versprechen. //

Kinderarbeit, Ausbeutung und niedrige Erntepreise – über die Missstände auf den Kakaoplantagen in Afrika berichten Medien seit langem. Weil viele Verbraucher deswegen darauf achten, fair einzukaufen, werben immer mehr Hersteller von Schokolade, Eis, Trinkpulver oder Brotaufstrich damit, ökologisch „sauber, fair und kinderarbeitsfrei“ erzeugen zu lassen. Ob immer fair drin ist, wo fair draufsteht, ist zweifelhaft. Denn anders als „Bio“ ist der Begriff „Fair“ nicht geschützt.

Seriöse faire Anbieter

Und doch kann sich der Konsument beim Kauf seiner Schokolade an einigen seriösen Fair-Trade-Siegeln, Marken und Verkaufsstätten orientieren. Importorganisationen wie die Gepa, die nicht nur im Weltladen, sondern auch im konventionellen Handel eigene Regale bestückt, aber auch El Puente und dwp sind Mitglieder der World Fair Trade Organization, kurz WFTO. Das verpflichtet sie, ihren Produzenten einen fairen Rohstoffpreis zu zahlen. Dass auf den Kakaoplantagen strenge soziale Kriterien eingehalten werden und dies von unabhängigen Dritten auch überprüft wird, verlangt z. B. die Naturkost-Firma Rapunzel ebenso wie anerkannte Zertifizierer aus dem Bio-Bereich, etwa der Öko-Verband Naturland mit seinem Siegel „Naturland fair“.

Diese seriösen Anbieter haben sich bei der Entwicklung ihrer sozialen Standards an Fairtrade International (FLO) orientiert. Das in Deutschland von der Organisation TransFair vergebene blau-grüne Fairtrade-Siegel ist wohl das bekannteste Gütezeichen des Fairen Handels. 2002 weltweit vereinheitlicht, kennzeichnet es heute den Löwenanteil der fair erzeugten Produkte im Einzelhandel. Das Siegel steht für einen garantierten Mindestpreis, den der Kakaobauer für seine Ernte bekommt, was ihm zumindest ein Existenzminimum sichert. Die Kooperative, der er angehört, erhält zudem eine Fairtrade-Prämie für ein Gemeinschaftsprojekt: Pro Tonne Kakao gibt es 200 US-Dollar mehr.

Schwammige Standards

Wenngleich sich die seriösen fairen Anbieter in ihren sozialen Standards nicht allzu sehr unterscheiden, so setzen sie doch mitunter unterschiedliche Akzente. Manche Standards sind schwammiger definiert als bei Fairtrade oder den Weltläden. Als sozial weniger streng gelten etwa die Umweltschutzorganisation Rainforest Alliance (RA) sowie das Nachhaltigkeitsprogramm Utz Certified, dessen Zeichen vor allem für die Schulung der Bauern steht. Feste Mindestpreise oder Fair-Trade-Prämien sehen beide Zertifizierungsprogramme, die rasant gewachsen sind, nicht vor. Auch deswegen lasse sich die Industrie – darunter um nachhaltigen und hochwertigen Nachschub besorgte Multis wie Nestlé, Mars oder Cargill – gerne von RA oder Utz zertifizieren, monieren Kritiker. Utz hingegen argumentiert, dass Festpreise oder Prämien gar nicht notwendig seien, wenn die Bauern befähigt würden, mehr und bessere Kakaobohnen zu produzieren, für die sie dann einen höheren Preis erzielen. „Jedes Siegel hat

Stärken und Schwächen“, sagt auch Friedel Hütz-Adams vom Südwind Institut.

Diese unterschiedliche Gewichtung ist so lange legitim, wie die Anbieter dies den Konsumenten gegenüber transparent machen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Weil „fair“ kein geschützter Begriff ist, haben Organisationen, aber auch der Einzelhandel und Hersteller Siegel, Zeichen und Marken entwickelt, die häufig falsche Hoffnungen wecken. Fair Washing nennen Kritiker den Versuch, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Schließlich verkauft sich gut, was mit einer Kinderarbeitsfrei-Garantie und einem Fair-Stempel ausgelobt werden kann. Für diese Kritiker ist es reine Unternehmenskosmetik, wenn Hersteller und Handel zwar ein paar „echte“ faire Schokoladentafeln ins Ladenregal stellen, aber das Gros ihres süßen Sortiments weiterhin über den konventionellen, tendenziell unfairen Lieferweg beziehen und dabei einen ruinösen Preisdruck ausüben – und zwar auf den Milchbauern hierzulande ebenso wie auf den Kakaobauern in einem armen Land. Vertreter der weniger puristischen Fair-Handel-Philosophie sehen das anders. Sie sagen: besser zwei faire Produkte im Regal als gar keines.

Martina Hahn,
Journalistin und Autorin des Buchs
„Fair einkaufen – aber wie?“
4. akt. Auflage 2012,
Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt am Main

Kampagne
<http://makechocolatefair.org>,
auch über www.inkota.de
Studie „Vom Kakaobaum bis zum Konsumenten“
(www.suedwind-institut.de)

Orientierung für den Konsum

// Die bekanntesten Sozialsiegel bei Schokolade –
und wofür sie stehen: //

Gepa/Fair +:

- Verbot von Kinderarbeit
- Direkter Kontakt zu kleinen Erzeugern in Afrika, Asien und Lateinamerika
- Garantierter Mindestpreis (über Weltmarktpreis)
- Vorfinanzierung der Ernte
- Mitglied der World Fair Trade Organization (WFTO)
- Siegel auf: Schoko-Produkten im Welt- und Bioläden, Gastronomie, konventioneller Supermarkt (www.gepa.de)



Rainforest Alliance (RA):

- Schwerpunkt Umweltmanagement und Artenvielfalt
- Verbot von Gentechnik (GVO)
- Auch nichtorganisierte Kleinbauern sind Partner
- Verbot von Kinderarbeit
- ILO-Kernarbeitsnormen
- Kein fixer Mindestpreis, keine Entwicklungsprämie, auch kein Vorschuss auf die Ernte, stattdessen Qualitätsbonus für Kakaobauer
- Siegel auf: Côte d'Or, Marabou, Daim, Magnum-Eis (Unilever), Almondyl Tiefkühlkuchen. (www.rainforest-alliance.org/de)



Fairtrade:

- Garantierter Mindestpreis für Kakao-Kooperativen (über Weltmarktpreis)
- Feste Fairtrade-Prämie für soziale Projekte
- Öko-Zuschlag für Bio-Kakao
- Verbot von Kinderarbeit
- Siegel auf: Zotter, Ethiquable, Eigenmarken von Lidl (Fairglobe) und Rewe (Rewe-Bio, Beste Wahl), Schokoeis von Ben&Jerry's, Naturata, Rapunzel, Swiss+Confisa. (www.fairtrade-deutschland.de)



Rapunzel HAND IN HAND:

- Auf einigen Bio-Produkten der Rapunzel Naturkost AG
- Preis über Weltmarktniveau
- Siegel auf: Tafeln in Bio- und Naturkostläden (www.rapunzel.de/hand-in-hand.html)



UTZ Certified:

- Partner sind auch Kleinbauern, nicht nur Kooperativen
- Schulung guter Agrarpraxis mit dem Ziel höherer Ernteerträge und Einnahmen
- Kein Mindestpreis für Kakao, aber verhandelbare „Nachhaltigkeitsaufschläge“
- Einige Kunstdünger und Pestizide sind erlaubt
- Siegel auf: Rewe-Eigenmarke „Ja“, Balisto (Mars), Kek-Keks (DeBeukelaer), Prinzenrolle (Bahlsen) (www.utzcertified.org/de)



Naturland Fair:

- Verbindet faire (wie bei Gepa) und ökologische Kriterien
- Verbot von Kinderarbeit
- Garantierter Mindestpreis
- Auch Milchbauern in Deutschland erhalten fairen Preis
- Siegel auf: Gepa-Schokoladen. (www.naturland.de/oeko_fair.html)



Martina Hahn,
Journalistin und Autorin



Schule macht Schule

Das angemietete Gebäude unserer „Steinbruchschule“ in Indien ist zu klein geworden, weil immer mehr Eltern ihre Kinder anmelden. Eine größere Schule muss gebaut werden. Schon im November soll es losgehen.

Fair Childhood wurde um einen Baukostenzuschuss von 10.000 Euro gebeten. Der Stiftungsvorstand hat zugestimmt – vorausgesetzt, dass genügend Spenden eingehen.

Herzlich bitten wir deshalb um Unterstützung für den Neubau unserer Schule im Steinbruchdorf Dhaneshar. Sie legen mit Ihrer Spende im wahrsten Sinne des Wortes den Grundstein für eine bessere Zukunft der Kinder.

Spenden Sie bitte an

**Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000**

Kennwort: **0-P6A2-ADZ6**

Herzlichen Dank!



Fair Childhood
GEW-Stiftung · Bildung statt Kinderarbeit
Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main

www.fair-childhood.eu

Tiefe Einblicke ins Labor

// Tausende Projekte in Deutschland machen Werbung für sogenannte MINT-Berufe. Zum Beispiel „mikromal“. Das preisgekrönte Bremer Projekt läuft bereits seit über fünf Jahren – und richtet sich an beide Geschlechter. //

„747“ klingt nach Jumbo-Jet. Der Sonderforschungsbereich (SFB) „Mikrokaltumformen“ an der Universität Bremen trägt auch die Nummer 747, befasst sich aber nicht mit Riesenflugzeugen, sondern mit Winzlingen: Er entwickelt Methoden für die Massenproduktion kleinster Metallbauteile für Handys, Kameras oder Hörgeräte. Aber nicht nur das. Seit 2008 betreibt der SFB 747 auch das Projekt „mikromal“, mit dem die Wissenschaftler junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT, s. Kasten) begeistern wollen.

„Es fehlen Ingenieure, Physiker, Informatiker in Wissenschaft und Wirtschaft“, sagt mikromal-Projekt Koordinatorin Sabine Berk. „Deshalb wollen wir Technikbegeisterung schaffen und Hemmschwellen abbauen.“ Das gehe am besten mit Fachleuten, die im Labor von ihrer Arbeit erzählen und Schülerinnen und Schüler selbst experimentieren lassen. Daher lädt der SFB Klassen zu sich ein, schickt aber auch Wissenschaftler in die Schulen. Mit sieben Bildungsstätten gibt oder gab es bereits Kooperationen, mal für zwei Tage, mal für zwei Jahre.

Start mit Grundschulern

Gefördert wird „mikromal“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Das Projekt startete mit Grundschulern. Sie sollten eine „Mikrorundknetmaschine“ entwerfen, die aus dicken Drähten dünnere macht. Später kam eine 6. Gymnasialklasse an die Reihe. Sie durfte kleine Schlüsselanhänger fräsen.

Inzwischen konzentriert sich der SFB mehr auf die Oberstufe. Am Gymnasium Brake (Unterweser) gestalten beispielsweise zwei Bremer Forscher seit

MINT-Projekte

„MINT“ steht für „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik“. Für die MINT-Nachwuchsförderung gibt es in Deutschland mehr als 15 000 Angebote. Zu finden sind sie mit dem „MINT-Navigator“ – einer gemeinsamen Suchmaschine der Arbeitgeber-Initiative www.mintzukunftschaften.de, des Industrie- und Handelskammerportals www.tecnopedia.de und des vom Bundesforschungsministerium geförderten „Nationalen Pakts für Frauen in MINT-Berufen“ (www.komm-mach-mint.de). Das Ministerium hat auch einen „Wegweiser für MINT-Förderung und Karrieren“ herausgegeben (www.bmbf.de/pub/perspektive_mint.pdf). stg

2012 gemeinsam mit Physiklehrer Ulf Drüding einen Kurs für Lasertechnik. 15 Jugendliche, davon vier Mädchen, lernen dabei Optik-Grundlagen und Laser-Anwendungsgebiete kennen. Anders als viele MINT-Projekte wendet sich „mikromal“ nicht vorrangig an Mädchen. Offenbar ist der Fachkräftemangel so groß, dass nun auch unter

jungen Männern für MINT geworben wird. Das alles scheint so gut zu funktionieren, dass das Brake-Projekt inzwischen mit dem „Förderpreis Optische Technologien“ des Wissenschaftler-Vereins „HansePhotonik“ ausgezeichnet wurde. Physiklehrer Drüding findet das Projekt „eine tolle Idee“. Denn: „Selten hat man die Chance, so tiefe Einblicke in außerschulische Lernorte zu bekommen. Das bereichert den Unterricht deutlich.“ Sein Schüler Jan Munderloh (18 Jahre) etwa fand es spannend, das Laserschneiden kennenzulernen und Smileys in Kekse zu brennen. Von seinem Berufswunsch Bankkaufmann lässt er sich allerdings nicht abbringen. Ob sich andere Projektteilnehmer für MINT-Berufe werben lassen, kann Koordinatorin Berk noch nicht abschätzen. Aber manche haben sich zumindest für Praktika angemeldet.

Auch die 15 mitwirkenden Männer und drei Frauen vom SFB „machen das gerne“, ist Berk überzeugt. „Das sind meistens Jungwissenschaftler, die so neue Denkanstöße für ihre Forschung bekommen. Denn die Jugendlichen stellen ganz andere Fragen als gewohnt.“

Eckhard Stengel,
freier Journalist



Laborbesuch am Gymnasium Brake: Zwei Bremer Forscher vermitteln Lasertechnik an Gymnasiasten.

Foto: Sabine Berk

Z A R B Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern. Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

Lösung
 2 ZARB 4 IST
 3 EINFACH 1 GENIAL

hans zybur software
 Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com



Foto: Horst Vogel

Zum 21. Mal fand am 9. November in Magdeburg das GEW-Fußballturnier statt. Unter den insgesamt sechs Mannschaften ging das Team aus Gera als Sieger hervor. Mit dabei war neben Mannschaften aus Thüringen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auch eine Auswahl des Hauptvorstandes aus Frankfurt a. M., die den ehrenwerten sechsten Platz belegte. Auch im Herbst 2014 wollen sich die Sportsfreunde und -freundinnen wieder zum traditionellen Fußballturnier treffen. Der Hauptvorstand kündigte bereits an, das Turnier in diesem Jahr in die Mainmetropole holen zu wollen.

Arbeitsmappen
effektives Lernen
SEK1-GS-FS
Farbige Texte
Grafiken
Karten u. Fotos.
Lernzielkontrolle

Bestellung und
Lehrerprüfstücke:
www.stockmann-
verlag.de

Für alle Fächer

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und
Wissenschaft

rufen Sie uns an:
 0201 843 00 - 31

oder schreiben Sie uns:
 anzeigen@stamm.de

Die Wollmarshöhe

Klinik
Wollmarshöhe

Fachkrankenhaus für
 psychosomatische Medizin

Neue Kurzzeittherapie
bei Burn out und
Stressfolgeerkrankungen

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Kostentransparenz und
Kostensicherheit:
Gerne senden wir Ihnen
unser Exposé.

Kontakt: ☎ 0049 (0)7520 927-0
 info@klinik-wollmarshoehe.de
 www.klinik-wollmarshoehe.de

www.wollmarshoehe.de

Für Sie fertigen wir gute
Taschen zu guten Preisen!

- Qualitätsbewusst
- Nachhaltig
- Sozialverträglich
- Kundenorientiert

Besuchen Sie unseren neuen Shop:
www.jahn-lederwaren.de

BESTER SCHNITT
 DOCAVIV
 INTERNATIONAL FILM FESTIVAL

WETTBEWERB
 SAN FRANCISCO
 JEWISH FILM FESTIVAL

LOBENDE ERWÄHNUNG
 „ONE FUTURE PREIS“ – MÜNCHEN
 INTERNATIONAL FILM FESTIVAL

WETTBEWERB
 SYDNEY
 FILM FESTIVAL

WETTBEWERB
 TRIBECA
 FILM FESTIVAL



DANCING
IN JAFFA

AB 9.1. IM KINO!

EIN FILM VON HILLA MEDALIA
MIT PIERRE DULAINE
(MAD HOT BALLROOM)
VON DEN PRODUZENTEN VON
SUPER SIZE ME UND DANCE!

NaturaMed
vitalclinic

Burnout-Kur
 Psychosomatik
 Depression
 Rücken
 Abwehr
 Essstörungen

Psychosomatisches
 Privatkrankenhaus
 beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
 88339 Bad Waldsee
naturamed.de
akutklinik.de

Ganzheits-
 medizinische
 Ursachen-
 diagnose

Welches Sportangebot brauchen Ganztagschulen?

// Tagung der GEW-Sportkommission vom 3. bis 5. April //

Im Zusammenhang mit der Entwicklung von Ganztagschulen bilden sport- und bewegungsbezogene Angebote nicht nur zur Befriedigung des kindlichen und jugendlichen Bewegungsbedürfnisses eine nicht zu vernachlässigende Größe. Unklar sind aber nach wie vor die Kriterien für ein qualifiziertes außerunterrichtliches Sportangebot an Ganztagschulen. Ziel der im April stattfindenden Tagung der GEW-Sportkommission ist deshalb, die Besonderheiten und spezifischen Anforderungen an die Bewegungs- und Sportangebote im Ganztagsbetrieb zu klären und Eckpunkte für ein klares Anforderungsprofil zu entwickeln. Einführen in das Thema wird Prof. Ralf Laging von der Uni Marburg, der als Leiter der „Studie zur Entwicklung von Bewegung, Spiel und Sport in der Ganztagschule“ (StuBSS) tätig



ist. Mit Hilfe von Good-Practice-Beispielen und dem Austausch in Arbeitsgruppen soll ein Forderungskatalog aus gewerkschaftlicher Perspektive entstehen, der die Position der GEW deutlich markiert und Orientierung für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort bieten kann.

Ort: Tagungshotel „Der Achtermann“, Rosentorstraße 20, 38640 Goslar
Zeit: Donnerstag, 3. April 2014, 16.30 Uhr bis Samstag, 5. April 2014, 12.30 Uhr
Verbindliche Anmeldungen an: elke.brahm@gew.de
Anmeldeschluss: 26. Februar 2014
Weitere Infos bei: norbert.baumann@gew-sportkommission.de
Teilnehmerbeitrag: 50 Euro / Nichtmitglieder 150 Euro; Fahrtkosten und Unterkunft übernimmt die GEW.

Behindertengerecht?

(E&W 10/2013, Seite 23: „Zwischenbericht zum Stand der Inklusion“)



Foto: imago

Das veröffentlichte Foto erscheint mir für die Diskussion über Inklusion typisch: ein Junge im Rollstuhl, etwa zehn Jahre alt, beim Tischfußball. Einen 16-jährigen Rollstuhlfahrer beim „richtigen“ Fußball werden Sie ja auch nicht finden. Und das weist m. E. auf ein Problem hin. Als Klassenlehrerin einer 9./10. Klasse Gymnasium gehörte zu meinen Schülerinnen und Schülern auch ein Junge im Rollstuhl, der noch etwas gehen konnte. Der gewöhnliche Schulalltag war also kein Problem, die Schule verfügte zudem über einen Aufzug zu den meisten Klassenräumen. Eine zusätzliche Hilfe hatten wir nicht. Aber: Bei fast allem Anderen saß der Junge daneben, oder es konnte nicht stattfinden. Das galt für den Sportunterricht (Leichtathletik z. B.) ebenso wie für Wandertage und Klassenfahrten. Als Klassenlehrerin

hatte ich nur die Wahl, mich nach den Möglichkeiten eines Rollstuhlfahrers zu richten oder manche Dinge eben nicht zu unternehmen, etwa Tageswanderungen, Übernachtungen im Zelt, Besichtigungen alter Gebäude. Das merkte auch der betroffene Schüler, der sich mit der Zeit immer stärker zurückzog. Ich frage mich noch heute, ob ihm nicht eine Behinderten-Klasse mit ständigem Austausch in manchen Fächern mit Regelschülern gerechter geworden wäre? Auch diese Debatte sollten wir führen.

Regina Neumann, Marburg

„Eltern machen es sich leicht“

(E&W 10/2013, Seite 34: „Strafanzeige gegen privaten Schulbetreiber“)

Als ein Kollege, der 30 Jahre an der Staatlichen Fach- und Berufsoberschule Schweinfurt tätig war, bin ich mit den Vorgängen um die EPFOS Schweinfurt einigermaßen vertraut. Obwohl ich weder Sympathie für Privatschulen noch speziell für den Betreiber der EPFOS Schweinfurt hege, machen es sich sowohl das Bayerische Kultusministerium als auch die Eltern der durchgefallenen Schülerinnen und Schüler zu leicht, Herrn Schwarz als den Alleinschuldigen an der Misere hinzustellen.

Den Betroffenen hätte es gut angestanden, sich über die Prüfungsbedin-

gungen an einer staatlich genehmigten Privatschule und der Zusammensetzung des Lehrkörpers an der EPFOS Schweinfurt zu erkundigen.

Was aber viel schwerer wiegt: Das Bayerische Kultusministerium steckt seine Nase normalerweise in buchstäblich alles, was an seinen Schulen vorgeht. Im Fall von EPFOS Schweinfurt hätte es seiner Sorgfaltspflicht entsprochen, wenn das Ministerium bereits den Leistungsstand der 11. und der 12. Klasse überprüft hätte. Wären die Schulbehörden bei den ganz offensichtlichen Versäumnissen rechtzeitig eingeschritten, hätte es kein derartiges Desaster gegeben.

Walter Feineis, GEW-Kreisvorstand Würzburg
Anm. d. Red.: Der vollständige Text des Leserbriefs ist auf der GEW-Website zu finden unter:

www.gew.de/Hintergrund_Privatisierung_Strafanzeige_gegen_privaten_Schulbetreiber.html

„Zu kurz gegriffen“

Die Machenschaften einzelner privater Schulbetreiber aufzugreifen, ist nötig. Diesen Text einer Rubrik „Hintergrund Privatisierung“ zuzuordnen, halte ich für zu kurz gegriffen.

Unter <http://www.pnn.de/titelseite/288926/> schrieben beispielsweise die Potsdamer Neuesten Nachrichten (PNN) am 30. April 2010: „Die Potsda-

Vom Schreiner zum Reformpädagogen

// Ein Nachruf zum Tod von Johannes Beck //

„Besser, die Verhältnisse werden menschlicher als die Menschen verhältnismäßiger.“ So sah der Bremer Pädagogikprofessor Johannes Beck die Welt, bevor er mit 75 Jahren aus dem Leben gerissen wurde. Der gebürtige Breslauer mit dem knorrigen Gesicht hatte zunächst Schreiner ge-



Foto: Andreas Staets, GEW Bremen

Johannes Beck

lernt, wurde dann aber lieber Volksschullehrer im Spessart. Nach einem Zusatzstudium der Pädagogik, Philosophie und Soziologie arbeitete er ab 1967 als Assistent an der Universität Frankfurt und gründete die Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ mit. An der neuen Reformuniversität Bremen baute er ab 1971 die Lehrerbildung mit auf, avancierte zum Professor und verfasste Werke wie „Lernen in der Klassenschule“ oder „Der Bildungswahn“. Die Bremer GEW schrieb in ihrem Nachruf: „Beck lebte eine pädagogische Haltung vor, die Mut und Vertrauen zum eigenen

Wahrnehmen, Fühlen, Vorstellen, Denken und Handeln ebenso umfassende wie demokratische Einmischung vor Ort.“ Zuletzt engagierte er sich gegen das EU-Krisenregime in Griechenland und für ein umstrittenes Flüchtlingsheim in seiner Nachbarschaft. Völlig unerwartet starb der verheiratete zweifache Vater auf einer Wanderung mit Freunden in der Fränkischen Schweiz. Die GEW wird seinen Sachverstand und seine Menschlichkeit vermissen.

Eckhard Stengel,
freier Journalist



mer Educon-Gruppe, einer der größten privaten Dienstleister für Aus- und Weiterbildung in Berlin-Brandenburg, steht im Verdacht, durch falsche Angaben jahrelang zu viel Fördergeld kassiert zu haben. Die Staatsanwaltschaft Potsdam ließ gestern 18 Objekte des Bildungsträgers in vier Bundesländern durchsuchen.“ Am 11. Januar 2011 war dann in den PNN zu lesen: „Erst hatte es eine Razzia der Staatsanwaltschaft gegeben. Kurz darauf hatte das brandenburgische Bildungsministerium drei staatlich geförderte Privatschulen der Educon-Gruppe in Potsdam und Cottbus geschlossen, Eilanträge gegen die Entscheidung wurden vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abgelehnt. Es ging vor allem um den Verdacht, dass Educon im Schuljahr 2009/10 in mehr als 500 Fällen Schülerzahlen gefälscht habe, um Zuschüsse von 4500 Euro pro Schüler zu erschleichen.“ Soweit zu einem größeren Skandal.

Zurück zur „Privatisierung“. Oft hilft bei Recherchen der Blick ins Gesetzbuch: Artikel 7 Abs. 4 Grundgesetz gewährleistet ausdrücklich das Recht, Privatschulen zu gründen, und so sieht jedes der 16 Schulgesetze vor, dass Ersatz- und Ergänzungsschulen genehmigt werden können, wenn sie alle Vorschriften einhalten, die auch öffentliche Schulen zu erfüllen haben. Insofern ist die jeweilige Genehmigungsbehörde gefragt, ihren Aufsichtspflichten nachzukommen. Angesichts

der eindeutigen Rechtslage halte ich es für verfehlt, in diesem Zusammenhang von Privatisierung zu sprechen.

Dieter Hölterhoff, Hamburg

„Privatschulen wünschenswert?“

In dem einen Artikel geht es um eine Privatschule, in der alle Schülerinnen und Schüler des Fachabiturjahrgangs 2013 durchgefallen sind, in dem anderen Text um eine Privatschule, in der das Arbeitsklima für die Lehrkräfte unerträglich sein soll. Im zweiten Fall wird angemerkt, dass es sich um „einen kleinen Bildungskonzern“ handelt. Es ist zu begrüßen, dass die GEW über den Unterschied zwischen „staatlich genehmigten“ und „staatlich anerkannten“ Schulen aufklärt. Leider wird aber nicht in Frage gestellt, ob Privatschulen überhaupt wünschenswert sind. Sollte nicht der Staat ein gutes Bildungssystem für alle Kinder bereitstellen, unabhängig von Bildungsstand und Einkommen der Eltern? Auch staatlich anerkannte Privatschulen laufen diesem Prinzip zuwider. Insbesondere die „Freien Waldorfschulen“ werden entweder gar nicht als Privatschulen (mit erheblichen staatlichen Zuschüssen) wahrgenommen oder als besonders kindgerechte Bildungseinrichtungen sogar von der GEW gehätschelt.

Irene Wagner, Berlin

„Kein hoffnungsvoller Trend“ (E&W 11/2013: Schwerpunkt „Was ist gute Bildung?“)

Danke für das Thema. Ich kann den tiefen Wunsch in den Texten erkennen, eine „gute Bildung“ zu gestalten. Dennoch weist die Statistik keinen hoffnungsvollen Trend auf. Sicher, es gibt einige Vorzeigemodelle, aber nur zu bald erkennt man, dass das besonders geförderte Projekte sind, die der Staat nicht in der Breite einbringen kann und will. Als Ehemann einer Grundschullehrerin erlebe ich den Stress, den meine Frau mit der Umsetzung der Inklusion hat. Dazu kommt die mangelnde Ausstattung der Schulen mit Räumen und Lernmaterialien und das fehlende Fachpersonal.

Aber es gibt noch einen Aspekt, den ich allen, die über „gute Bildung“ nach-

denken, nahebringen möchte: In der Geschichte der europäischen Bildung gab es dutzende Pädagogen, die aus hoffnungslosen Kindern verantwortungsvolle Mitglieder der Gesellschaft gemacht haben. Heute gibt es viel zu viele Kinder, die die Schule ohne Abschluss verlassen, und eine erschreckend wachsende Zahl befindet sich in psychiatrischer Behandlung.

Dieter Steffen, Berlin-Mahlsdorf



„Reines Wortgefecht?“

Was ist eine gute Schule? Was ist guter Unterricht? Was ist Bildung und gar gute? Seit Jahren wird beklagt, dass die Bildung in Deutschland nicht wirklich jeden einzelnen Schüler, jede einzelne Schülerin erreiche. Die Bildungsdiskussion sei seit 1970 eingefroren, am Schulsystem habe sich nicht viel geändert.

Manchmal tauchen Hoffnungen auf, es gebe genügend Pädagogen und Eltern, die die Unsinnigkeit des dreigliedrigen Schulsystems, der Notengebung u. a. erkannt hätten. Gleichzeitig wird die Waldorfschule, die schon lange auf Notengebung und Selektion verzichtet, als leistungsfeindlich eingestuft (so in E&W 11/2013).

Werden die wesentlichen Probleme überhaupt diskutiert oder ist ein reines Wortgefecht das eigentliche Ziel in der E&W?

Barbara Tesche-Turck (per E-Mail)

>> Fortsetzung auf Seite 46

>> Fortsetzung von Seite 45

„Krasser Missgriff“

(E&W 11/2013, Seite 2: „Verschiedenheit als Chance“)

Dass die E&W ein Heft zu diesem Schwerpunkt macht, finde ich erfreulich. Dass aber sofort – zur Einstimmung – OECD-PISA-Koordinator Andreas Schleicher die Seite 2 für einen Gastkommentar bekommt, sehe ich als krassen Missgriff an. Schleicher bemängelt, „die staatlichen Ausgaben wachsen für jene, die am Übergang in die Wissensgesellschaft scheitern. Weil rund ein Viertel der deutschen Schülerschaft nicht einmal das PISA-Kompetenzniveau 2 erreicht, belaufen sich allein die volkswirtschaftlichen Mittel – über die Lebenszeit gerechnet – auf mehr als 10 000 Milliarden Euro“. Und weiter schreibt er: „Die hohen Kosten geringer Qualifikation sind das Äquivalent einer permanenten Wirtschaftskrise.“

Hier deutet sich bereits eine ökonomistisch verengte Perspektive auf Bildung an, die den gesamten Kommentar bestimmt. Schleicher bedauert „die „toxische Mischung“ aus qualifizierten Menschen, die keine Jobs haben, und Arbeitgebern, die sich beklagen, keine geeigneten Fachkräfte zu finden“.

Leider gehen diese bahnbrechenden Erkenntnisse eine „toxische Mischung“ mit hilfreichen Vorschlägen („Vielfalt als Ressource“, „mit professionellem Management“, „bessere Karriereaussichten“, „mehr Verantwortung für Lernergebnisse“) einher, die dem „Reformpapier Chance 2020“ vom September 2013 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) entnommen sein könnten.

Zur Erinnerung: Der undifferenzierte Gastkommentar Schleichers zu den deutschen Lehrergehältern in der E&W 5/2007 führte damals zu „lebendigen und kontroversen Diskussionen“.

Klaus-Peter Börtzler, Berlin

„Bildungsbereich ökonomisiert“

Dass unser Bildungssystem Chancengleichheit befördert und sich u. a. deshalb einem kontinuierlichen Wand-

lungsprozess unterziehen sollte, müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Sie wurde leider von Pädagoginnen und Pädagogen lange mit zu wenig Nachdruck verfolgt und ist damit ohne spürbare Konsequenzen für die Entwicklung von Schule geblieben. So konnte nicht nur die Schule, sondern der gesamte Bildungsbereich zum Spielball durchaus engagierter, aber ganz wesentlich durch ökonomische Megatrends motivierter und deren Maximen verpflichteter Menschen werden. Allen voran „Mr. PISA“, Andreas Schleicher, hat den Bildungsbereich mit Hilfe unserer Kultusministerien entpädagogisiert und ökonomisiert. OECD-Akteure wie Schleicher setzen auf Standardisieren, Testen, Vergleichen, Bewerten und Anpassen und werden dabei von Kultusministerien, Schulämtern und Lehrkräften unterstützt. „Verschiedenheit als Chance“ ist ein Motto, das, wie der Gastkommentar zeigt, Bildung vor allem auf sozialen Aufstieg und wirtschaftliche Verwertbarkeit bezogen interpretiert. Zu Akzeptanz, Würdigung und Förderung der Verschiedenheit der Menschen und ihrer vielleicht gar nicht verwertungs- und karrieretauglichen Individualitäten sagt der internationale PISA-Koordinator hingegen nichts.

Angelika Voss, Marburg

Mafiakiller im Polizeiblatt

Andreas Schleicher als Gastkommentator in der Zeitschrift der Bildungs(!)-Gewerkschaft(!) – das ist ungefähr so, als schriebe ein Auftragskiller der Mafia im Polizeiblatt. Welche Verwüstungen die durch PISA induzierten neoliberalen „Reformen“ anrichten, kann man dort studieren, wo Testritis, Standardisierung, Output- und Kompetenzorientierung das Schul- und Schülerleben bereits beherrschen. Wenn man solche Autoren schon ihre bildungsfeindlichen, anti-aufklärerischen und letztlich undemokratischen Ansichten darstellen lässt, dann doch bitte nicht als Belehrung ex cathedra und als erneute Wiederholung des immer gleichen Mantras, sondern höchstens als Anstoß zur kritischen Diskussion.

Bernd Georgy, Marburg

„Erbsenzählerei“

(E&W 11/2013, Seite 12 ff.: „Ideologische Einflüsse vermeiden“)

Mit PISA 2000 ist die Frage, ob der Unterricht in mehrgliedrigen Schulsystemen oder in einer Schule für alle Kinder besser ist, beantwortet. „Einheitschulen“ sind in vielen Ländern dem deutschen Schulsystem



Prof. Eckhard Klieme, Bildungsforscher

klar überlegen. Die immer wieder vorgelegten Vergleiche der Schülerleistungen in den Bundesländern verschleiern allenfalls diese grundlegende Erkenntnis. Vor allem dann, wenn sie von konservativen Politikern für ihre bildungspolitischen Aussagen missbraucht werden.

Vor lauter Erbsenzählerei kommen Prof. Eckhard Klieme und seine Kolleginnen und Kollegen nicht mehr dazu, über eine schmackhafte „Bildungssuppe“ zumindest nachzudenken. Das deutsche Bildungssystem nicht zu vereinheitlichen bedeutet, viele Kinder auf Grund ihrer Herkunft und ihrer familiären Situation dauerhaft zu benachteiligen. Das ist sehr ungerecht und nicht angemessen für ein Gemeinwesen, das jedem die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. Die Arbeit mit und in heterogenen Lerngruppen sollte selbstverständlich wissenschaftlich begleitet werden. Da hätte empirische Schulforschung dann ein weites Feld zu bestellen.

Robert Wingerter, Regensburg

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M., E-Mail: renete.koerner@gew.de Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Seit 1966 Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

REAL-TOURS
Tel 0039 / 0547 / 672727 · Fax / 672767
Via Bartolini 12 · 47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen · info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2014
Busfahrten → nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 240,- HP
Busfahrten
→ zur **Toskana-Küste**, → zum **Gardasee**, → nach **Rom**, → nach **Sorrent**,
→ nach **Südtirol**, → nach **Spanien**, → nach **Griechenland**, → nach **Prag**,
→ nach **Paris**, → nach **London**, → nach **Berlin**, → nach **München**.
Pakete für Fahrten bei eigener Anreise z. B. per Flugzeug. Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2014.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada · Im Steinach 30 · 87561 Oberstdorf
Tel 08322 / 800 222 · Fax 08322 / 800 223

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-

Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...

✈️ Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

Tel. 030/3030836

KLASSE REISEN GmbH · www.klasse-reisen.com · mail@klasse-reisen.com

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

Insel Rügen: 5-Sterne-Ferienwohnungen
für 2-4 Pers., exklusive Ausstattung mit Terrasse und Kamin, ruhige, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWo und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

IRLAND URLAUB KREATIV
KERAMIK www.anjagnauk.info
FOTOGRAFIE www.irelandphoto.com

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, ruhige Lage, Nichtraucherhaus, exzellenter Service u. super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Segeln in der westlichen Ostsee. Klassenfahrten
auf einem schönen Segellogger für Gruppen bis 32 Pers. Segeln, Navigieren, die Reiseroute mitbestimmen, Anker - Baden - Spaß haben.
J. Kowalski, Martinsberg 6, 24941 Flensburg.
www.rvvar.de, Tel. 0461 /13238, Fax /180439

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!
Ausgezeichnet: 90 % unserer Kunden kommen auf Empfehlung.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Türkei einmal anders
Urlaub abseits des Massentourismus in kleinen, netten Pensionen und Hotels, z.B. im malerischen Fischerstädtchen Kas in der Pension Selim:
Info unter
Tel. 0711 / 326 08 46
www.britigke-krickl-reisen.de oder
www.tuerkei-einmal-anders.de

Domizil Lina Art
Türkische Ägäis - Wiege der Zivilisationen
Kunst · Kultur · Natur
Individualurlaub in kleiner Pension (deutsch-türkische Leitung) am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de

MESO
Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Karu
LAHN MECKLENBURG MASUREN
T 02408/3196 0172/242 20 80
www.meso-reisen.de

KLASSENFAHRTEN SEGEL- und SURFKURSE

1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

03.10.-30.04.:
5 Tage Übernachtung/
Vollpension € 79,-

Ostwind Segelsport GmbH
Am Brackstock
24321 Hohwacht / Ostsee
T 04381 / 9051-0, Fax -10
info@ostwind.com
www.ostwind.com
anerkannt vom DSV, anerkannt vom DMYV, Mitglied im VDS

CJD MALENTE -BILDUNGSZENTRUM-

Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz
Teamentwicklung für Schulklassen:
▪ Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
▪ Training im Hochseilgarten Malente
▪ Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente
Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16
www.cjd-malente.de
info@cjd-malente.de

Segel- & Surfschule am Binnensee
OSTSEE
Segel- und Surfschule
Katamaranschule

Komplettangebote für Klassenfahrten Klasse 5-13
Axel Malicke · Eichholzweg · 23774 Heiligenhafen · Tel. 0 43 62 - 14 41
www.segelschule-malicke.de · info@segelschule-malicke.de

ENGLAND www.s-e-t.de
Tel: 0421-308820

S-E-T
• Top-Unterbringung • Top-Programm • Shakespeare
Der Spezialist für Klassenfahrten England
• London, Oxford, Canterbury, Hastings, Eastbourne...

Diesmal

PRIORITÄTEN SETZEN

